Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/7137

23. 03. 94

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE

A. Zielsetzung

Gegenstand des Übereinkommens ist ein auf vertraglicher Grundlage beruhendes Vergleichs- und Schiedsverfahren im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Die Bundesregierung hält es für wesentlich, innerhalb der neuen Ordnung in Europa ein bindendes Instrument zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Teilnehmerstaaten der KSZE zu schaffen, um, gerade auch vor dem Hintergrund der gegenwärtigen bewaffneten Konflikte, die Herrschaft des Rechts zu stärken. Die Bundesrepublik Deutschland hat deshalb gemeinsam mit Frankreich am Zustandekommen des Übereinkommens maßgeblich mitgewirkt. Um diese Mitwirkung zu einem förmlichen Abschluß zu bringen, sollte die Bundesrepublik Deutschland Vertragspartei werden.

B. Lösung

Da das Übereinkommen die politischen Beziehungen des Bundes regelt, bedarf es nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes als Voraussetzung für die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Dem Bund erwachsen durch die Ausführung des Gesetzes und die Anwendung des Übereinkommens Kosten in Höhe des auf Deutschland entfallenden Kostenanteils am Haushalt des Gerichtshofes. Die Gesamtkosten des Gerichtshofes sind für das erste Jahr nach Inkrafttreten des Übereinkommens vorläufig in Höhe von 250 000,– sfr festgelegt.

Ländern und Gemeinden entstehen durch das Gesetz keine zusätzlichen Kosten. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (212) – 311 20 – Si 34/94

Bonn, den 22. März 1994

An die Präsidentin
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 15. Dezember 1992 über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Auswärtige Amt.

Der Bundesrat hat in seiner 667. Sitzung am 18. März 1994 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 15. Dezember 1992 über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Stockholm am 15. Dezember 1992 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE sowie dem Finanzprotokoll nach Artikel 13 des Übereinkommens über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE vom 28. April 1993 wird zugestimmt. Das Übereinkommen sowie das Finanzprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 33 sowie das Finanzprotokoll für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es die politischen Beziehungen des Bundes regelt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen und das Finanzprotokoll für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten sollen, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Dem Bund erwachsen durch die Ausführung des Gesetzes und die Anwendung des Übereinkommens Kosten in Höhe des auf Deutschland entfallenden Kostenanteils am Haushalt des Gerichtshofes. Die Gesamtkosten des Gerichtshofes sind für das erste Jahr nach Inkrafttreten des Übereinkommens vorläufig in Höhe von 250 000,– sfr festgelegt. Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes und die Anwendung des Übereinkommens nicht mit Kosten belastet.

Auswirkungen auf die Einzelpreise oder das Preisniveau in der Bundesrepublik Deutschland sind nicht zu erwarten.

Übereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE

Convention on Conciliation and Arbitration within the CSCE

Convention relative à la conciliation et a l'arbitrage au sein de la CSCE

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens, die Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sind –

im Bewußtsein ihrer Verpflichtung aus Artikel 2 Absatz 3 und Artikel 33 der Charta der Vereinten Nationen, ihre Streitigkeiten friedlich beizulegen;

hervorhebend, daß sie in keiner Weise beabsichtigen, die Zuständigkeit anderer bestehender Einrichtungen oder Mechanismen, einschließlich des Internationalen Gerichtshofs, des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften und des Ständigen Schiedshofs, zu beeinträchtigen;

in Bekräftigung ihrer feierlichen Verpflichtung, Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen, und ihres Beschlusses, Mechanismen zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Teilnehmerstaaten zu entwikkeln;

eingedenk dessen, daß allein schon die vollständige Verwirklichung aller KSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen ein wesentliches Element zur Verhinderung von Streitigkeiten zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten ist;

bestrebt, die Verpflichtungen zu erweitern und zu verstärken, die insbesondere im Bericht über das Expertentreffen über die friedliche Regelung von Streitfällen, der in Valletta angenommen und von dem KSZE-Rat der Außenminister auf seinem Treffen am 19. und 20. Juni 1991 in Berlin gebilligt wurde, enthalten sind;

sind wie folgt übereingekommen:

The States parties to this Convention, being States participating in the Conference on Security and Co-operation in Europe,

Conscious of their obligation, as provided for in Article 2, paragraph 3, and Article 33 of the Charter of the United Nations, to settle their disputes peacefully;

Emphasizing that they do not in any way intend to impair other existing institutions or mechanisms, including the International Court of Justice, the European Court of Human Rights, the Court of Justice of the European Communities and the Permanent Court of Arbitration;

Reaffirming their solemn commitment to settle their disputes through peaceful means and their decision to develop mechanisms to settle disputes between participating States;

Recalling that full implementation of all CSCE principles and commitments constitutes in itself an essential element in preventing disputes between the CSCE participating States;

Concerned to further and strengthen the commitments stated, in particular, in the Report of the Meeting of Experts on Peaceful Settlement of Disputes adopted at Valletta and endorsed by the CSCE Council of Ministers of Foreign Affairs at its meeting in Berlin on 19 and 20 June 1991,

Have agreed as follows:

Les Etats parties à la présente Convention, participant à la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe,

Conscients de leur obligation, conformément au paragraphe 3 de l'article 2 et à l'article 33 de la Charte des Nations Unies, de régler pacifiquement leurs différends;

Soulignant qu'ils n'entendent en aucune manière porter atteinte à la compétence d'autres institutions ou mécanismes existants, notamment la Cour internationale de Justice, la Cour européenne des droits de l'homme, la Cour de Justice des Communautés européennes et la Cour permanente d'Arbitrage;

Réaffirmant leur engagement solennel de régler leurs différends par des moyens pacifiques et leur décision de mettre au point des mécanismes pour le règlement des différends entre Etats participants;

Rappelant que l'application intégrale de tous les principes et engagements de la CSCE constitue en soi un élément essentiel de la prévention des différends entre les Etats participant à la CSCE;

Soucieux de consolider et de renforcer les engagements figurant notamment dans le Rapport de la Réunion d'experts sur le règlement pacifique des différends adopté à la Valette et approuvé par le Conseil des ministres des affaires étrangères de la CSCE, réuni à Berlin les 19 et 20 juin 1991,

Sont convenus de ce qui suit:

Kapitel I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1
Errichtung des Gerichtshofs

Es wird ein Vergleichs- und Schiedsgerichtshof errichtet, der die Aufgabe hat, durch das Mittel des Vergleichs und gege-

Chapter I
General Provisions

Article 1
Establishment of the Court

A Court of Conciliation and Arbitration shall be established to settle, by means of conciliation and, where appropriate, arbi-

Chapitre premier
Dispositions générales

Article premier
Etablissement de la Cour

Il est établi une Cour de conciliation et d'arbitrage aux fins de régler, par la voie de la conciliation et, le cas échéant, par celle

benenfalls der Schiedsgerichtsbarkeit die Streitigkeiten beizulegen, die ihm gemäß den Bestimmungen dieses Übereinkommens unterbreitet werden.

tration, disputes which are submitted to it in accordance with the provisions of this Convention.

de l'arbitrage, les différends qui lui sont soumis conformément aux dispositions de la présente Convention.

Artikel 2

Vergleichskommissionen und Schiedsgerichte

(1) Das Vergleichsverfahren wird von einer Vergleichskommission durchgeführt, die für jede einzelne Streitigkeit gebildet wird. Die Kommission setzt sich aus Schlichtern zusammen, die anhand einer gemäß Artikel 3 erstellten Liste bestellt werden.

(2) Das Schiedsverfahren wird von einem Schiedsgericht durchgeführt, das für jede einzelne Streitigkeit gebildet wird. Das Gericht setzt sich aus Schiedsrichtern zusammen, die anhand einer gemäß Artikel 4 erstellten Liste bestellt werden.

(3) Die Gesamtheit der Schlichter und Schiedsrichter bildet den Vergleichs- und Schiedsgerichtshof innerhalb der KSZE, im folgenden „Gerichtshof" genannt.

Article 2

Conciliation Commissions and Arbitral Tribunals

1. Conciliation shall be undertaken by a Conciliation Commission constituted for each dispute. The Commission shall be made up of conciliators drawn from a list established in accordance with the provisions of Article 3.

2. Arbitration shall be undertaken by an Arbitral Tribunal constituted for each dispute. The Tribunal shall be made up of arbitrators drawn from a list established in accordance with the provisions of Article 4.

3. Together, the conciliators and arbitrators shall constitute the Court of Conciliation and Arbitration within the CSCE, hereinafter referred to as "the Court".

Article 2

Commissions de conciliation et tribunaux arbitraux

1. La conciliation est assurée par une commission de conciliation constituée pour chaque différend. Cette commission est composée de conciliateurs désignés sur une liste établie conformément aux dispositions de l'article 3.

2. L'arbitrage est assuré par un tribunal arbitral constitué pour l'examen de chaque différend. Ce tribunal est composé d'arbitres désignés sur une liste établie conformément aux dispositions de l'article 4.

3. L'ensemble des conciliateurs et des arbitres constituent la Cour de conciliation et d'arbitrage au sein de la CSCE, ci-après dénommée «la Cour».

Artikel 3

Ernennung der Schlichter

(1) Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens ernennt innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten des Übereinkommens zwei Schlichter, von denen mindestens einer sein Staatsangehöriger ist. Der andere kann Staatsangehöriger eines anderen KSZE-Teilnehmerstaats sein. Ein Staat, der nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens Vertragspartei wird, ernennt seine Schlichter innerhalb von zwei Monaten, nachdem das Übereinkommen für ihn in Kraft getreten ist.

(2) Die Schlichter müssen Personen sein, die hohe innerstaatliche oder internationale Funktionen ausüben oder ausgeübt haben, und anerkannte Fachleute auf dem Gebiet des Völkerrechts, der internationalen Beziehungen oder der Streitbeilegung sind.

(3) Die Schlichter werden für eine Amtszeit von sechs Jahren ernannt; Wiederernennung ist zulässig. Während ihrer Amtszeit können sie vom ernennenden Staat nicht abberufen werden. Im Fall des Todes, des Rücktritts oder einer vom Präsidium anerkannten Verhinderung ernennt der betreffende Staat einen neuen Schlichter; dessen Amtszeit entspricht der verbleibenden Amtszeit seines Vorgängers.

(4) Nach Ablauf ihrer Amtszeit setzen die Schlichter die Behandlung aller Fälle fort, mit denen sie bereits befaßt sind.

(5) Die Namen der Schlichter werden dem Kanzler notifiziert, der sie in eine Liste einträgt, welche dem KSZE-Sekretariat zur Weiterleitung an die KSZE-Teilnehmerstaaten übermittelt wird.

Article 3

Appointment of Conciliators

1. Each State party to this Convention shall appoint, within two months following its entry into force, two conciliators of whom at least one is a national of that State. The other may be a national of another CSCE participating State. A State which becomes party to this Convention after its entry into force shall appoint its conciliators within two months following the entry into force of this Convention for the State concerned.

2. The conciliators must be persons holding or having held senior national or international positions and possessing recognized qualifications in international law, international relations, or the settlement of disputes.

3. Conciliators shall be appointed for a renewable period of six years. Their functions may not be terminated by the appointing State during their term of office. In the event of death, resignation or inability to attend recognized by the Bureau, the State concerned shall appoint a new conciliator; the term of office of the new conciliator shall be the remainder of the term of office of the predecessor.

4. Upon termination of their period of office, conciliators shall continue to hear any cases that they are already dealing with.

5. The names of the conciliators shall be notified to the Registrar, who shall enter them into a list, which shall be communicated to the CSCE Secretariat for transmission to the CSCE participating States.

Article 3

Désignation des conciliateurs

1. Chaque Etat partie à la présente Convention désigne, dans les deux mois qui suivent l'entrée en vigueur de celle-ci, deux conciliateurs, dont l'un au moins a la nationalité de l'Etat qui le désigne et dont l'autre peut avoir la nationalité d'un autre Etat participant à la CSCE. Un Etat qui devient partie à la Convention après l'entrée en vigueur de celle-ci désigne ses conciliateurs dans les deux mois qui suivent l'entrée en vigueur de la Convention à son égard.

2. Les conciliateurs doivent être des personnes exerçant ou ayant exercé de hautes fonctions sur le plan international ou national et avoir des compétences reconnues en matière de droit international, de relations internationales ou de règlement des différends.

3. Les conciliateurs sont désignés pour une période de six ans renouvelable. L'Etat qui les a désignés ne peut mettre fin à leurs fonctions en cours de mandat. En cas de décès, de démission ou d'empêchement constaté par le Bureau de la Cour, l'Etat concerné procède à la désignation d'un nouveau conciliateur; celui-ci achève le mandat de son prédécesseur.

4. A l'expiration de leur mandat, les conciliateurs continuent de connaître des affaires dont ils sont déjà saisis.

5. Les noms des conciliateurs sont notifiés au Greffier, qui les inscrit sur une liste qui est communiquée ensuite au Secrétariat de la CSCE pour transmission aux Etats participant à la CSCE.

Artikel 4

Ernennung der Schiedsrichter

(1) Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens ernennt innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten des Übereinkommens einen Schiedsrichter und einen Stellvertreter, die seine eigenen Staatsangehörigen oder Staatsangehörige eines anderen KSZE-Teilnehmerstaats sein können. Ein Staat, der nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens Vertragspartei wird, ernennt seinen Schiedsrichter und dessen Stellvertreter innerhalb von zwei Monaten, nachdem das Übereinkommen für ihn in Kraft getreten ist.

(2) Die Schiedsrichter und ihre Stellvertreter müssen die in ihrem Staat für die höchsten richterlichen Ämter erforderlichen Voraussetzungen erfüllen oder Völkerrechtsgelehrte von anerkanntem Ruf sein.

(3) Die Schiedsrichter und ihre Stellvertreter werden für eine Amtszeit von sechs Jahren ernannt; einmalige Wiederernennung ist zulässig. Während ihrer Amtszeit können sie vom ernennenden Staat nicht abberufen werden. Im Fall des Todes, des Rücktritts oder einer vom Präsidium anerkannten Verhinderung eines Schiedsrichters tritt sein Stellvertreter an seine Stelle.

(4) Wenn ein Schiedsrichter und sein Stellvertreter sterben, zurücktreten oder beide verhindert sind, wobei die Verhinderung vom Präsidium anerkannt ist, werden Neuernennungen gemäß Absatz 1 vorgenommen. Der neue Schiedsrichter und sein Stellvertreter beenden die Amtszeit ihrer Vorgänger.

(5) Die Verfahrensordnung des Gerichtshofs kann eine teilweise Neuernennung der Schiedsrichter und ihrer Stellvertreter vorsehen.

(6) Nach Ablauf ihrer Amtszeit setzen die Schiedsrichter die Behandlung aller Fälle fort, mit denen sie bereits befaßt sind.

(7) Die Namen der Schiedsrichter werden dem Kanzler notifiziert, der sie in eine Liste einträgt, welche dem KSZE-Sekretariat zur Weiterleitung an die KSZE-Teilnehmerstaaten übermittelt wird.

Artikel 5

Unabhängigkeit der Mitglieder des Gerichtshofs und des Kanzlers

Die Schlichter, die Schiedsrichter und der Kanzler üben ihr Amt in völliger Unabhängigkeit aus. Vor Aufnahme ihrer Tätigkeit geben sie eine Erklärung ab, daß sie ihre Befugnisse unparteiisch und gewissenhaft ausüben werden.

Artikel 6

Vorrechte und Immunitäten

Die Schlichter, die Schiedsrichter, der Kanzler sowie die Bevollmächtigten und die Rechtsbeistände der Streitparteien genießen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben

Article 4

Appointment of Arbitrators

1. Each State party to this Convention shall appoint, within two months following its entry into force, one arbitrator and one alternate, who may be its nationals or nationals of any other CSCE participating State. A State which becomes party to this Convention after its entry into force shall appoint its arbitrator and the alternate within two months of the entry into force of this Convention for that State.

2. Arbitrators and their alternates must possess the qualifications required in their respective countries for appointment to the highest judicial offices or must be jurisconsults of recognized competence in international law.

3. Arbitrators and their alternates are appointed for a period of six years, which may be renewed once. Their functions may not be terminated by the appointing State party during their term of office. In the event of death, resignation or inability to attend, recognized by the Bureau, the arbitrator shall be replaced by his or her alternate.

4. If an arbitrator and his or her alternate die, resign or are both unable to attend, the fact being recognized by the Bureau, new appointments will be made in accordance with paragraph 1. The new arbitrator and his or her alternate shall complete the term of office of their predecessors.

5. The Rules of the Court may provide for a partial renewal of the arbitrators and their alternates.

6. Upon expiry of their term of office, arbitrators shall continue to hear any cases that they are already dealing with.

7. The names of the arbitrators shall be notified to the Registrar, who shall enter them into a list, which shall be communicated to the CSCE Secretariat for transmission to the CSCE participating States.

Article 5

Independence of the Members of the Court and of the Registrar

The conciliators, the arbitrators and the Registrar shall perform their functions in full independence. Before taking up their duties, they shall make a declaration that they will exercise their powers impartially and conscientiously.

Article 6

Privileges and Immunities

The conciliators, the arbitrators, the Registrar and the agents and counsel of the parties to a dispute shall enjoy, while performing their functions in the territory of the

Article 4

Désignation des arbitres

1. Chaque Etat partie à la présente Convention désigne, dans les deux mois qui suivent l'entrée en vigueur de celle-ci, un arbitre et un suppléant qui peuvent avoir la nationalité de cet Etat ou celle de tout autre Etat participant à la CSCE. Un Etat qui devient partie à la Convention après l'entrée en vigueur de celle-ci désigne un arbitre et un suppléant dans les deux mois qui suivent l'entrée en vigueur de la Convention à son égard.

2. Les arbitres et leurs suppléants doivent réunir les conditions requises pour l'exercice, dans leur pays respectif, des plus hautes fonctions judiciaires ou être des jurisconsultes possédant une compétence notoire en matière de droit international.

3. Les arbitres et leurs suppléants sont désignés pour un mandat de six ans renouvelable une fois. L'Etat partie qui les a désignés ne peut mettre fin à leurs fonctions en cours de mandat. En cas de décès, de démission ou d'empêchement constaté par le Bureau, l'arbitre est remplacé par son suppléant.

4. Si un arbitre et son suppléant décèdent, démissionnent ou sont tous deux empêchés, l'empêchement étant constaté par le Bureau, il est procédé à de nouvelles désignations conformément au paragraphe 1. Le nouvel arbitre et son suppléant achèvent le mandat de leurs prédécesseurs.

5. Le Règlement de la Cour peut prévoir un renouvellement partiel des arbitres et de leurs suppléants.

6. A l'expiration de leur mandat, les arbitres continuent de connaître des affaires dont ils sont déjà saisis.

7. Les noms des arbitres sont notifiés au Greffier, qui les inscrit sur une liste qui est communiquée ensuite au Secrétariat de la CSCE pour transmission aux Etats participant à la CSCE.

Article 5

Indépendance des membres de la Cour et du Greffier

Les conciliateurs, les arbitres et le Greffier exercent leurs fonctions en toute indépendance. Avant de prendre leurs fonctions, ils font une déclaration par laquelle ils s'engagent à exercer leurs pouvoirs en toute impartialité et conscience.

Article 6

Privilèges et immunités

Les conciliateurs, les arbitres et le Greffier ainsi que les agents et les conseils des parties à un différend jouissent, dans l'exercice de leurs fonctions sur le territoire des

im Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten dieses Übereinkommens die Vorrechte und Immunitäten, die den mit dem Internationalen Gerichtshof im Zusammenhang stehenden Personen gewährt werden.

States parties to this Convention, the privileges and immunities accorded to persons connected with the International Court of Justice.

Etats parties à la présente Convention, des privilèges et immunités accordés aux personnes liées à la Cour internationale de Justice.

Artikel 7

Präsidium des Gerichtshofs

(1) Das Präsidium des Gerichtshofs besteht aus einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten und drei weiteren Mitgliedern.

(2) Der Präsident des Gerichtshofs wird von den Mitgliedern des Gerichtshofs aus ihren eigenen Reihen gewählt. Der Präsident führt den Vorsitz im Präsidium.

(3) Die Schlichter und die Schiedsrichter wählen aus ihren eigenen Reihen je zwei Mitglieder des Präsidiums und deren Stellvertreter.

(4) Das Präsidium wählt seinen Vizepräsidenten aus den Reihen seiner Mitglieder. Ist der Präsident ein Schiedsrichter, so wird ein Schlichter zum Vizepräsidenten gewählt; ist der Präsident ein Schlichter, so wird ein Schiedsrichter zum Vizepräsidenten gewählt.

(5) Die Verfahrensordnung des Gerichtshofs legt die Verfahren für die Wahl des Präsidenten und der anderen Mitglieder des Präsidiums und deren Stellvertreter fest.

Article 7

Bureau of the Court

1. The Bureau of the Court shall consist of a President, a Vice-President and three other members.

2. The President of the Court shall be elected by the members of the Court from among their number. The President presides over the Bureau.

3. The conciliators and the arbitrators shall each elect from among their number two members of the Bureau and their alternates.

4. The Bureau shall elect its Vice-President from among its members. The Vice-President shall be a conciliator if the President is an arbitrator, and an arbitrator if the President is a conciliator.

5. The Rules of the Court shall establish the procedures for the election of the President as well as of the other members of the Bureau and their alternates.

Article 7

Bureau de la Cour

1. Le Bureau de la Cour est composé d'un Président, d'un Vice-Président et de trois autres membres.

2. Le Président de la Cour est élu par les membres de la Cour réunis en collège. Il préside le Bureau.

3. Les conciliateurs et les arbitres élisent, dans leur collège respectif, deux membres du Bureau et leurs suppléants.

4. Le Eureau élit son Vice-Président parmi ses membres. Le Vice-Président est élu parmi les conciliateurs si le Président est un arbitre, parmi les arbitres si le Président est un conciliateur.

5. Le Règlement de la Cour fixe les modalités de l'élection du Président, des autres membres du Bureau et de leurs suppléants.

Artikel 8

Entscheidungsfindungsverfahren

(1) Die Entscheidungen des Gerichtshofs werden mit der Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder gefaßt. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.

(2) Die Entscheidungen des Präsidiums werden mit der Mehrheit seiner Mitglieder gefaßt.

(3) Die Entscheidungen der Vergleichskommissionen und der Schiedsgerichte werden mit der Mehrheit ihrer Mitglieder gefaßt; Stimmenthaltung ist nicht zulässig.

(4) Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Article 8

Decision-Making Procedure

1. The decisions of the Court shall be taken by a majority of the members participating in the vote. Those abstaining shall not be considered participating in the vote.

2. The decisions of the Bureau shall be taken by a majority of its members.

3. The decisions of the Conciliation Commissions and the Arbitral Tribunals shall be taken by a majority of their members, who may not abstain from voting.

4. In the event of a tied vote, the vote of the presiding officer shall prevail.

Article 8

Modalités de prise de décision

1. Les décisions de la Cour sont prises à la majorité des membres prenant part au vote. Les membres qui s'abstiennent ne sont pas considérés comme prenant part au vote.

2. Les décisions du Bureau sont prises à la majorité de ses membres.

3. Les décisions des commissions de conciliation et des tribunaux arbitraux sont prises à la majorité des voix de leurs membres, lesquels ne peuvent s'abstenir.

4. En cas de partage égal des voix, la voix du Président est prépondérante.

Artikel 9

Kanzler

Der Gerichtshof ernennt seinen Kanzler und kann für die Ernennung der erforderlichen sonstigen Bediensteten sorgen. Die Personalordnung für die Kanzlei wird vom Präsidium ausgearbeitet und von den Vertragsstaaten dieses Übereinkommens angenommen.

Article 9

Registrar

The Court shall appoint its Registrar and may provide for the appointment of such other officers as may be necessary. The staff regulations of the Registry shall be drawn up by the Bureau and adopted by the States parties to this Convention.

Article 9

Le Greffier

La Cour désigne son Greffier et peut procéder à la désignation d'autres fonctionnaires dans la mesure de ses besoins. Le Statut du personnel du Greffe est élaboré par le Bureau et adopté par les Etats parties à la présente Convention.

Artikel 10

Sitz

(1) Sitz des Gerichtshofs ist Genf.

(2) Auf Antrag der Streitparteien und mit Zustimmung des Präsidiums kann eine Vergleichskommission oder ein Schiedsgericht an einem anderen Ort zusammentreten.

Article 10

Seat

1. The seat of the Court shall be established at Geneva.

2. At the request of the parties to the dispute and in agreement with the Bureau, a Conciliation Commission or an Arbitral Tribunal may meet at another location.

Article 10

Siège

1. Le siège de la Cour est fixé à Genève.

2. A la demande des parties au différend et avec l'accord du Bureau de la Cour, une commission de conciliation ou un tribunal arbitral peut se réunir en dehors du siège.

Artikel 11

Verfahrensordnung des Gerichtshofs

(1) Der Gerichtshof gibt sich eine Verfahrensordnung, die der Billigung durch die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens bedarf.

(2) Die Verfahrensordnung des Gerichtshofs legt insbesondere die Verfahrensregeln fest, die von den Vergleichskommissionen und den Schiedsgerichten anzuwenden sind, die aufgrund dieses Übereinkommens gebildet werden. Sie bezeichnet die Regeln, von denen die Streitparteien auch einvernehmlich nicht abweichen dürfen.

Article 11

Rules of the Court

1. The Court shall adopt its own Rules, which shall be subject to approval by States parties to this Convention.

2. The Rules of the Court shall establish, in particular, the rules of procedure to be followed by the Conciliation Commissions and Arbitral Tribunals constituted pursuant to this Convention. They shall state which of these rules may not be waived by agreement between the parties to the dispute.

Article 11

Règlement de la Cour

1. La Cour adopte son Règlement, qui doit être soumis a l'approbation des Etats parties à la présente Convention.

2. Le Règlement de la Cour fixe notamment les règles de procédure qui doivent être appliquées par les commissions de conciliation et les tribunaux arbitraux constitués conformément à la Convention. Il précise quelles sont, parmi ces règles, celles auxquelles les parties au différend ne peuvent déroger par voie d'accord.

Artikel 12

Arbeitssprachen

Die Verfahrensordnung des Gerichtshofs legt Regeln für die Verwendung der Sprachen fest.

Article 12

Working Languages

The Rules of the Court shall establish rules on the use of languages.

Article 12

Langues de travail

Le Règlement de la Cour établit les règles applicables à l'usage des langues.

Artikel 13

Finanzprotokoll

Vorbehaltlich des Artikels 17 werden alle Kosten des Gerichtshofs von den Vertragsstaaten dieses Übereinkommens getragen. Die Bestimmungen über die Berechnung der Kosten, die Erstellung und Billigung des Jahreshaushalts des Gerichtshofs, die Verteilung der Kosten auf die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens, die Prüfung der Bücher des Gerichtshofs und damit zusammenhängende Angelegenheiten sind in einem vom Ausschuß Hoher Beamter anzunehmenden Finanzprotokoll enthalten. Ein Staat ist an das Protokoll gebunden, sobald er Vertragspartei des Übereinkommens wird.

Article 13

Financial Protocol

Subject to the provisions of Article 17, all the costs of the Court shall be met by the States parties to this Convention. The provisions for the calculation of the costs; for the drawing up and approval of the annual budget of the Court; for the distribution of the costs among the States parties to this Convention; for the audit of the accounts of the Court; and for related matters, shall be contained in a Financial Protocol to be adopted by the Committee of Senior officials. A State becomes bound by the Protocol on becoming a party to this Convention.

Article 13

Protocole financier

Sous réserve des dispositions de l'article 17, tous les frais encourus par la Cour sont supportés par les Etats parties à la présente Convention. Les dispositions concernant le calcul des frais, la préparation et l'approbation du budget annuel de la Cour, la répartition des frais entre les Etats parties à la Convention, la vérification des comptes de la Cour et les questions connexes sont contenues dans un Protocole financier adopté par le Comité des hauts fonctionnaires. Un Etat est lié par le Protocole dès qu'il devient partie à la Convention.

Artikel 14

Regelmäßiger Bericht

Das Präsidium legt dem KSZE-Rat über den Ausschuß Hoher Beamter alljährlich einen Bericht über die Tätigkeiten im Rahmen dieses Übereinkommens vor.

Article 14

Periodic Report

The Bureau shall annually present to the CSCE Council through the Committee of Senior Officials a report on the activities under this Convention.

Article 14

Rapport périodique

Le Bureau présente chaque année au Conseil de la CSCE, par l'intermédiaire du Comité des hauts fonctionnaires, un rapport sur les activités relevant de la présente Convention.

Artikel 15

Mitteilung über Ersuchen um Vergleichs- oder Schiedsverfahren

Der Kanzler des Gerichtshofs teilt dem KSZE-Sekretariat alle Ersuchen um Vergleichs- oder Schiedsverfahren zum Zweck der unverzüglichen Weiterleitung an die KSZE-Teilnehmerstaaten mit.

Article 15

Notice of Requests for Conciliation or Arbitration

The Registrar of the Court shall give notice to the CSCE Secretariat of all requests for conciliation or arbitration, for immediate transmission to the CSCE participating States.

Article 15

Notification des demandes de conciliation ou d'arbitrage

Le Greffier de la Cour informe le Secrétariat de la CSCE de toute demande de conciliation ou d'arbitrage, pour transmission immédiate aux Etats participant à la CSCE.

Artikel 16

Verhaltensregeln für die Parteien – Einstweilige Maßnahmen

(1) Während des Verfahrens enthalten sich die Streitparteien jeder Handlung, welche die Lage verschärfen oder die Beilegung der Streitigkeit weiter erschweren oder verhindern kann.

Article 16

Conduct of Parties – Interim Measures

1. During the proceedings, the parties to the dispute shall refrain from any action which may aggravate the situation or further impede or prevent the settlement of the dispute.

Article 16

Attitude à observer par les parties; mesures conservatoires

1. Durant la procédure, les parties au différend s'abstiennent de toute action susceptible soit d'aggraver la situation, soit de rendre plus difficile ou d'empêcher le règlement du différend.

(2) Die Vergleichskommission kann die Parteien der Streitigkeit, mit der sie befaßt ist, auf Maßnahmen hinweisen, die diese ergreifen könnten, um eine Verschärfung der Streitigkeit oder eine Erschwerung ihrer Beilegung zu verhindern.

(3) Das für eine Streitigkeit gebildete Schiedsgericht kann einstweilige Maßnahmen bezeichnen, die von den Streitparteien gemäß Artikel 26 Absatz 4 ergriffen werden sollten.

Artikel 17

Verfahrenskosten

Die Streitparteien und jede einem Verfahren beitretende Partei tragen ihre eigenen Kosten.

Kapitel II

Zuständigkeit

Artikel 18

Zuständigkeit der Kommission und des Gerichts

(1) Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens kann einer Vergleichskommission jede Streitigkeit mit einem anderen Vertragsstaat unterbreiten, die nicht in angemessener Frist durch Verhandlung beigelegt worden ist.

(2) Streitigkeiten können einem Schiedsgericht unter den in Artikel 26 angeführten Voraussetzungen unterbreitet werden.

Artikel 19

Wahrung bestehender Mittel der Streitbeilegung

(1) Eine Vergleichskommission oder ein Schiedsgericht, die für eine Streitigkeit gebildet wurden, werden in dieser nicht weiter tätig:

a) wenn die Streitigkeit, bevor sie der Kommission oder dem Gericht unterbreitet worden ist, einem Gerichtshof oder einem Schiedsgericht vorgelegt worden war, dessen Zuständigkeit in der Streitigkeit die beteiligten Parteien anzuerkennen rechtlich verpflichtet sind, oder wenn eine solche Instanz bereits eine Sachentscheidung über die Streitigkeit getroffen hat;

b) wenn die Streitparteien im voraus die ausschließliche Zuständigkeit eines anderen Rechtsprechungsorgans als des im Rahmen dieses Übereinkommens gebildeten Gerichts anerkannt haben, das zuständig ist, über die ihm unterbreitete Streitigkeit verbindlich zu entscheiden, oder wenn die beteiligten Parteien übereingekommen sind, die Beilegung der Streitigkeit ausschließlich mit anderen Mitteln anzustreben.

(2) Eine für eine Streitigkeit gebildete Vergleichskommission wird nicht weiter tätig – selbst wenn ihr die Streitigkeit bereits unterbreitet wurde –, wenn eine oder alle Partei-

2. The Conciliation Commission may draw the attention of the parties to the dispute submitted to it to the measures the parties could take in order to prevent the dispute from being aggravated or its settlement made more difficult.

3. The Arbitral Tribunal constituted for a dispute may indicate the interim measures that ought to be taken by the parties to the dispute in accordance with the provisions of Article 26, paragraph 4.

Article 17

Procedural Costs

The parties to a dispute and any intervening party shall each bear their own costs.

Chapter II

Competence

Article 18

Competence of the Commission and of the Tribunal

1. Any State party to this Convention may submit to a Conciliation Commission any dispute with another State party which has not been settled within a reasonable period of time through negotiation.

2. Disputes may be submitted to an Arbitral Tribunal under the conditions stipulated in Article 26.

Article 19

Safeguarding the Existing Means of Settlement

1. A Conciliation Commission or an Arbitral Tribunal constituted for a dispute shall take no further action in the case:

(a) If, prior to being submitted to the Commission or the Tribunal, the dispute has been submitted to a court or tribunal whose jurisdiction in respect of the dispute the parties thereto are under a legal obligation to accept, or if such a body has already given a decision on the merits of the dispute;

(b) If the parties to the dispute have accepted in advance the exclusive jurisdiction of a jurisdictional body other than a Tribunal in accordance with this Convention which has jurisdiction to decide, with binding force, on the dispute submitted to it, or if the parties thereto have agreed to seek to settle the dispute exclusively by other means.

2. A Conciliation Commission constituted for a dispute shall take no further action if, even after the dispute has been submitted to it, one or all of the parties refer the dispute

2. La commission de conciliation peut attirer l'attention des parties au différend qui lui est soumis sur les mesures qu'elles pourraient prendre afin d'empêcher que le différend ne s'aggrave ou que sa solution ne soit rendue plus difficile.

3. Le tribunal arbitral constitué pour examiner un différend peut indiquer les mesures conservatoires qui devraient être prises par les parties au différend conformément aux dispositions du paragraphe 4 de l'article 26.

Article 17

Frais de procédure

Les parties à un différend et toute partie intervenante assument chacune leurs propres frais de procédure.

Chapitre II

Compétence

Article 18

Compétence de la commission et du tribunal

1. Tout Etat partie à la présente Convention peut soumettre à une commission de conciliation tout différend l'opposant à un autre Etat partie, qui n'aurait pu être réglé dans un délai raisonnable par voie de négociation.

2. Un différend peut être soumis à un tribunal arbitral dans les conditions énoncées à l'article 26.

Article 19

Sauvegarde des modes de règlement existants

1. La commission de conciliation ou le tribunal arbitral constitué en vue du règlement d'un différend cesse de connaître de ce dernier:

a) si, préalablement à la saisine de la commission ou du tribunal, une cour ou un tribunal dont les parties sont juridiquement tenues d'accepter la compétence en ce qui concerne ce différend a été saisi ou si une telle instance a déjà rendu une décision sur le fond de ce différend;

b) si les parties au différend ont accepté par avance la compétence exclusive d'un organe juridictionnel autre que le tribunal prévu par la présente Convention et si cet organe est compétent pour trancher, avec force obligatoire, le différend qui lui est soumis, ou si les parties au différend sont convenues de rechercher le règlement de celui-ci exclusivement par d'autres moyens.

2. La commission de conciliation constituée en vue du règlement d'un différend cesse de connaître de ce différend si, même après sa saisine, une cour ou un tribunal

en die Streitigkeit einem Gerichtshof oder Schiedsgericht unterbreiten, dessen Zuständigkeit in der Streitigkeit die beteiligten Parteien anzuerkennen rechtlich verpflichtet sind.

(3) Eine Vergleichskommission setzt die Prüfung einer Streitigkeit aus, wenn diese einem anderen Organ vorgelegt worden ist, das die Zuständigkeit hat, Vorschläge zu derselben Streitigkeit abzugeben. Kann die Streitigkeit durch diese vorherigen Bemühungen nicht beigelegt werden, so nimmt die Kommission auf Ersuchen der Streitparteien oder einer von ihnen ihre Arbeit vorbehaltlich des Artikels 26 Absatz 1 wieder auf.

(4) Ein Staat kann zum Zeitpunkt der Unterzeichnung, Ratifikation oder des Beitritts zu diesem Übereinkommen einen Vorbehalt anbringen, um die Vereinbarkeit des in diesem Übereinkommen festgelegten Streitbeilegungsmechanismus mit anderen Mitteln der Streitbeilegung sicherzustellen, die sich aus internationalen Verpflichtungen ergeben, die auf diesen Staat anwendbar sind.

(5) Gelangen die Parteien zu irgendeinem Zeitpunkt zu einer Beilegung ihrer Streitigkeit, so streicht die Kommission oder das Gericht die Streitigkeit aus ihrer Liste, sobald eine schriftliche Bestätigung aller beteiligten Parteien eingegangen ist, daß sie eine Beilegung der Streitigkeit erreicht haben.

(6) Haben die Streitparteien unterschiedliche Auffassungen über die Zuständigkeit der Kommission oder des Gerichts, so entscheidet die Kommission oder das Gericht.

to a court or tribunal whose jurisdiction in respect of the dispute the parties thereto are under a legal obligation to accept.

3. A Conciliation Commission shall postpone examining a dispute if this dispute has been submitted to another body which has competence to formulate proposals with respect to this dispute. If those prior efforts do not lead to a settlement of the dispute, the Commission shall resume its work at the request of the parties or one of the parties to the dispute, subject to the provisions of Article 26, paragraph 1.

4. A State may, at the time of signing, ratifying or acceding to this Convention, make a reservation in order to ensure the compatibility of the mechanism of dispute settlement that this Convention establishes with other means of dispute settlement resulting from international undertakings applicable to that State.

5. If, at any time, the parties arrive at a settlement of their dispute, the Commission or Tribunal shall remove the dispute from its list, on receiving written confirmation from all the parties thereto that they have reached a settlement of the dispute.

6. In the event of disagreement between the parties to the dispute with regard to the competence of the Commission or the Tribunal, the decision in the matter shall rest with the Commission or the Tribunal.

dont les parties sont juridiquement tenues d'accepter la compétence est saisi par l'une des parties ou toutes les parties à ce différend.

3. La commission de conciliation surseoit à l'examen d'un différend si un autre organe ayant compétence pour formuler des propositions sur ce même différend en a été saisi antérieurement. Si cette démarche antérieure n'aboutit pas au règlement du différend, la commission reprend ses travaux à la demande des parties au différend ou de l'une d'elles, sous réserve des dispositions du paragraphe 1 de l'article 26.

4. Un Etat peut, au moment de la signature ou de la ratification de la Convention, ou de l'adhésion à celle-ci, formuler une réserve en vue d'assurer la compatibilité du mecanisme de règlement des différends qu'elle institue avec d'autres modes de règlement des différends résultant d'engagements internationaux applicables à cet Etat.

5. Si, à un moment quelconque, les parties parviennent à régler leur différend, la commission ou le tribunal procède à la radiation de celui-ci après avoir reçu l'assurance écrite de toutes les parties qu'elles ont réglé le différend.

6. Tout désaccord entre les parties au différend quant à la compétence de la commission ou du tribunal est tranché par la commission ou le tribunal.

Kapitel III
Vergleichsverfahren

Chapter III
Conciliation

Chapitre III
Conciliation

Artikel 20

Ersuchen um Bildung einer Vergleichskommission

(1) Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens kann einen Antrag an den Kanzler richten, in dem er um Bildung einer Vergleichskommission für eine Streitigkeit zwischen sich und einem oder mehreren anderen Vertragsstaaten ersucht. Zwei oder mehr Vertragsstaaten können auch gemeinsam einen Antrag an den Kanzler richten.

(2) Die Bildung einer Vergleichskommission kann auch aufgrund einer Vereinbarung zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten oder zwischen einem oder mehreren Vertragsstaaten und einem oder mehreren anderen KSZE-Teilnehmerstaaten beantragt werden. Die Vereinbarung wird dem Kanzler notifiziert.

Article 20

Request for the Constitution of a Conciliation Commission

1. Any State party to this Convention may lodge an application with the Registrar requesting the constitution of a Conciliation Commission for a dispute between it and one or more other States parties. Two or more States parties may also jointly lodge an application with the Registrar.

2. The constitution of a Conciliation Commission may also be requested by agreement between two or more States parties or between one or more States parties and one or more other CSCE participating States. The agreement shall be notified to the Registrar.

Article 20

Demande de constitution d'une commission de conciliation

1. Tout Etat partie à la présente Convention peut, lorsqu'un différend l'oppose à un ou plusieurs autres Etats parties, adresser au Greffier une requête en vue de la constitution d'une commission de conciliation. Deux ou plusieurs Etats parties peuvent également adresser une requête conjointe au Greffier.

2. La constitution d'une commission de conciliation peut également être demandée par voie d'accord entre deux ou plusieurs Etats parties ou entre un ou plusieurs Etats parties et un ou plusieurs autres Etats participant à la CSCE. Cet accord est notifié au Greffier.

Artikel 21

Bildung der Vergleichskommission

(1) Jede Streitpartei bestellt anhand der gemäß Artikel 3 erstellten Liste der Schlich-

Article 21

Constitution of the Conciliation Commission

1. Each party to the dispute shall appoint, from the list of conciliators established in

Article 21

Constitution de la commission de conciliation

1. Chaque partie au différend nommé, sur la liste des conciliateurs établie conformé-

ter einen Schlichter zum Mitglied der Kommission.

(2) Sind mehr als zwei Staaten Parteien derselben Streitigkeit, so können die Staaten mit gleichen Interessen einvernehmlich einen einzigen Schlichter bestellen. Wird ein solches Einvernehmen nicht erzielt, so bestellt jede der beiden Seiten der Streitigkeit die gleiche Anzahl von Schlichtern bis zu einer vom Präsidium bestimmten Höchstzahl.

(3) Ein Staat, der Partei einer der Vergleichskommission unterbreiteten Streitigkeit ist, ohne Vertragspartei dieses Übereinkommens zu sein, kann eine Person entweder anhand der gemäß Artikel 3 erstellten Liste der Schlichter oder unter anderen Personen, die Staatsangehörige eines KSZE-Teilnehmerstaats sind, zum Mitglied der Kommission bestellen. In diesem Fall haben diese Personen zum Zweck der Prüfung der Streitigkeit dieselben Rechte und Pflichten wie die anderen Mitglieder der Kommission. Sie üben ihre Aufgaben in voller Unabhängigkeit aus und geben die in Artikel 5 vorgesehene Erklärung ab, bevor sie ihren Sitz in der Kommission einnehmen.

(4) Sobald der Antrag oder die Vereinbarung eingegangen ist, mit denen die Streitparteien um Bildung einer Vergleichskommission ersuchen, konsultiert der Präsident des Gerichtshofs die Streitparteien hinsichtlich der Zusammensetzung der übrigen Kommission.

(5) Das Präsidium bestellt drei weitere Schlichter zu Mitgliedern der Kommission. Diese Zahl kann vom Präsidium erhöht oder verringert werden, sie muß jedoch ungerade sein. Mitglieder des Präsidiums und ihre Stellvertreter, die auf der Liste der Schlichter stehen, können zu Kommissionsmitgliedern bestellt werden.

(6) Die Kommission wählt ihren Vorsitzenden aus den Reihen der vom Präsidium bestellten Mitglieder.

(7) Die Verfahrensordnung des Gerichtshofs legt die Verfahren fest, die Anwendung finden, wenn eines der bestellten Kommissionsmitglieder abgelehnt wird oder zu Beginn oder im Verlauf des Verfahrens verhindert ist oder sich weigert, als Kommissionsmitglied tätig zu sein.

(8) Jede Frage bezüglich der Anwendung dieses Artikels wird vom Präsidium als Vorfrage entschieden.

accordance with Article 3, one conciliator to sit on the Commission.

2. When more than two States are parties to the same dispute, the States asserting the same interest may agree to appoint one single conciliator. If they do not so agree, each of the two sides to the dispute shall appoint the same number of conciliators up to a maximum decided by the Bureau.

3. Any State which is a party to a dispute submitted to a Conciliation Commission and which is not a party to this Convention, may appoint a person to sit on the Commission, either from the list of conciliators established in accordance with Article 3, or from among other persons who are nationals of a CSCE participating State. In this event, for the purpose of examining the dispute, such persons shall have the same rights and the same obligations as the other members of the Commission. They shall perform their functions in full independence and shall make the declaration required by Article 5 before taking their seats on the Commission.

4. As soon as the application or the agreement whereby the parties to a dispute have requested the constitution of a Conciliation Commission is received, the President of the Court shall consult the parties to the dispute as to the composition of the rest of the Commission.

5. The Bureau shall appoint three further conciliators to sit on the Commission. This number can be increased or decreased by the Bureau, provided it is uneven. Members of the Bureau and their alternates, who are on the list of conciliators, shall be eligible for appointment to the Commission.

6. The Commission shall elect its Chairman from among the members appointed by the Bureau.

7. The Rules of the Court shall stipulate the procedures applicable if an objection is raised to one of the members appointed to sit on the Commission or if that member is unable to or refuses to sit at the commencement or in the course of the proceedings.

8. Any question as to the application of this article shall be decided by the Bureau as a preliminary matter.

ment à l'article 3, un conciliateur pour siéger au sein de la commission.

2. Si plus de deux Etats sont parties au même différend, les Etats ayant les mêmes intérêts peuvent convenir de nommer un seul conciliateur. S'ils ne le font pas, le même nombre de conciliateurs est nommé de chaque coté, à concurrence d'un maximum fixé par le Bureau.

3. Tout Etat qui est partie à un différend soumis à une commission de conciliation sans être partie à la présente Convention peut nommer, pour siéger au sein de la commission, une personne choisie soit sur la liste des conciliateurs établie conformément à l'article 3, soit parmi des ressortissants d'un Etat participant à la CSCE. Dans ce cas, ces derniers ont, aux fins de l'examen du différend, les memes droits et obligations que les autres membres de la commission. Ils exercent leurs fonctions en toute indépendance et font la déclaration prescrite à l'article 5 avant de siéger au sein de la commission.

4. Dès réception de la requête ou de l'accord par lequel les Etats parties à un differend demandent la constitution d'une commission de conciliation, le Président de la Cour consulte les parties au différend sur la composition du reste de la commission.

5. Le Bureau nomme trois autres conciliateurs pour siéger au sein de la commission. Ce nombre peut être augmenté ou réduit par le Bureau, pourvu qu'il reste impair. Les membres du Bureau et leurs suppléants figurant sur la liste des conciliateurs peuvent être nommés pour siéger au sein de la commission.

6. La commission élit son président parmi les membres nommés par le Bureau.

7. Le Règlement de la Cour établit les règles applicables si, au début ou en cours de procédure, l'un des membres nommés pour siéger au sein de la commission est récusé, ou s'il n'est pas en mesure de siéger ou refuse de le faire.

8. Toute question relative à l'application du présent article est tranchée par le Bureau à titre préliminaire.

Artikel 22

Verfahren zur Bildung einer Vergleichskommission

(1) Wird mittels eines Antrags um Bildung einer Vergleichskommission ersucht, so sind in dem Antrag der Streitgegenstand, die Partei oder die Parteien, gegen die sich der Antrag richtet, sowie der Name des Schlichters oder der Schlichter anzugeben, die von der oder den antragstellenden Streitparteien bestellt werden. In dem An-

Article 22

Procedure for the Constitution of a Conciliation Commission

1. If the constitution of a Conciliation Commission is requested by means of an application, the application shall state the subject of the dispute, the name of the party or parties against which the application is directed, and the name of the conciliator or conciliators appointed by the requesting party or parties to the dispute. The applica-

Article 22

Procédure de constitution d'une commission de conciliation

1. Si la constitution d'une commission de conciliation est demandée par voie de requête, cette dernière précise l'objet du différend, la partie ou les parties contre laquelle ou lesquelles elle est dirigée et le nom du conciliateur ou des conciliateurs nommés par la partie ou les parties requérantes. De méme, la requête indique som-

trag sind auch kurz die bereits in Anspruch genommenen Mittel der Streitbeilegung anzugeben.

(2) Sobald ein Antrag eingegangen ist, notifiziert der Kanzler dies der oder den anderen in dem Antrag angegebenen Streitparteien. Die andere oder anderen Streitparteien bestellen innerhalb von fünfzehn Tagen nach der Notifikation den oder die Schlichter ihrer Wahl zum Mitglied der Kommission. Haben eine oder mehrere Streitparteien innerhalb dieser Frist das oder die Kommissionsmitglieder, zu deren Bestellung sie berechtigt sind, nicht bestellt, so bestellt das Präsidium die entsprechende Anzahl von Schlichtern. Diese Bestellung wird aus den Reihen der gemäß Artikel 3 von der oder von jeder betroffenen Partei ernannten Schlichter vorgenommen, oder, sollten diese Parteien noch keine Schlichter ernannt haben, aus den Reihen der anderen Schlichter, die nicht von der oder den anderen Streitparteien ernannt wurden.

(3) Wird mittels einer Vereinbarung um Bildung einer Vergleichskommission ersucht, so ist in der Vereinbarung der Streitgegenstand anzugeben. Gibt es keine völlige oder teilweise Übereinstimmung hinsichtlich des Streitgegenstands, so kann jede beteiligte Partei ihren eigenen Standpunkt zu dem Streitgegenstand darlegen.

(4) Gleichzeitig mit dem Ersuchen um Bildung einer Vergleichskommission mittels Vereinbarung notifiziert jede Partei dem Kanzler den Namen des Schlichters oder der Schlichter, die sie zu Mitgliedern der Kommission bestellt hat.

tion shall also briefly indicate the means of settlement previously resorted to.

2. As soon as an application has been received, the Registrar shall notify the other party or parties to the dispute mentioned in the application. Within a period of fifteen days from the notification, the other party or parties to the dispute shall appoint the conciliator or conciliators of their choice to sit on the Commission. If, within this period, one or more parties to the dispute have not appointed the member or members of the Commission whom they are entitled to appoint, the Bureau shall appoint the appropriate number of conciliators. Such appointment shall be made from among the conciliators appointed in accordance with Article 3 by the party or each of the parties involved or, if those parties have not yet appointed conciliators, from among the other conciliators not appointed by the other party or parties to the dispute.

3. If the constitution of a Conciliation Commission is requested by means of an agreement, the agreement shall state the subject of the dispute. If there is no agreement, in whole or in part, concerning the subject of the dispute, each party thereto may formulate its own position in respect of such subject.

4. At the same time as the parties request the constitution of a Conciliation Commission by agreement, each party shall notify the Registrar of the name of the conciliator or conciliators whom it has appointed to sit on the Commission.

mairement les modes de règlement utilisés antérieurement.

2. Dès réception d'une requête, le Greffier notifie celle-ci à l'autre partie ou aux autres parties au différend visées par la requête. Cette autre partie ou ces autres parties disposent d'un délai de quinze jours à compter de la notification afin de nommer le conciliateur ou les conciliateurs de leur choix pour siéger au sein de la commission. Si, dans ce délai, une ou plusieurs parties au différend n'ont pas choisi le membre ou les membres de la commission qu'il leur revient de nommer, le Bureau nomme des conciliateurs en nombre approprié. Une telle nomination se fait parmi les conciliateurs désignés conformément à l'article 3 par la partie ou par chacune des parties en cause ou, si ces parties n'ont pas encore désigné de conciliateurs, parmi les conciliateurs qui n'ont pas été désignés par l'autre partie ou les autres parties au différend.

3. Si la constitution d'une commission de conciliation est demandée par voie d'accord, ce dernier précise l'objet du différend. S'il n'y a pas accord, en tout ou en partie, quant à l'objet du différend, chaque partie peut énoncer sa propre position à cet égard.

4. Lorsque la constitution d'une commission de conciliation est demandée par voie d'accord, chaque partie notifie au Greffier le nom du conciliateur ou des conciliateurs nommés par elle pour siéger au sein de la commission.

Artikel 23

Vergleichsverfahren

(1) Das Vergleichsverfahren ist vertraulich; alle Streitparteien haben das Recht, gehört zu werden. Vorbehaltlich der Artikel 10 und 11 und der Verfahrensordnung des Gerichtshofs bestimmt die Vergleichskommission nach Konsultation der Streitparteien das Verfahren.

(2) Sofern die Streitparteien damit einverstanden sind, kann die Vergleichskommission jeden Vertragsstaat dieses Übereinkommens, der ein Interesse an der Beilegung der Streitigkeit hat, zum Beitritt zum Verfahren einladen.

Article 23

Conciliation Procedure

1. The conciliation proceedings shall be confidential and all parties to the dispute shall have the right to be heard. Subject to the provisions of Articles 10 and 11 and the Rules of the Court, the Conciliation Commission shall, after consultation with the parties to the dispute, determine the procedure.

2. If the parties to the dispute agree thereon, the Conciliation Commission may invite any State party to this Convention which has an interest in the settlement of the dispute to participate in the proceedings.

Article 23

Procédure de conciliation

1. La procédure de conciliation est confidentielle et contradictoire. Sous réserve des dispositions des articles 10 et 11 ainsi que du Règlement de la Cour, la commission de conciliation fixe sa procedure après consultation des parties au différend.

2. Avec l'accord des parties au différend, la commission de conciliation peut inviter tout Etat partie à la presente Convention ayant un intérêt à la solution du différend à participer à la procédure.

Artikel 24

Ziel des Vergleichs

Die Vergleichskommission hilft den Parteien, eine Beilegung ihrer Streitigkeit gemäß dem Völkerrecht und ihren KSZE-Verpflichtungen zu finden.

Article 24

Objective of Conciliation

The Conciliation Commission shall assist the parties to the dispute in finding a settlement in accordance with international law and their CSCE commitments.

Article 24

Objectif de la conciliation

La commission de conciliation aide les parties au différend à régler celui-ci conformément au droit international et aux engagements auxquels ils ont souscrit dans le cadre de la CSCE.

Artikel 25

Ergebnis des Vergleichs

(1) Gelangen die Streitparteien während des Verfahrens mit Hilfe der Vergleichskom-

Article 25

Result of the Conciliation

1. If, during the proceedings, the parties to the dispute, with the help of the Concili-

Article 25

Resultat de la procédure de conciliation

1. Si, en cours de procédure, les parties au différend parviennent, avec l'aide de la

mission zu einer für alle Seiten annehmbaren Lösung, so halten sie die Bedingungen dieser Lösung in einem Ergebnisprotokoll fest, das von ihren Vertretern und den Mitgliedern der Kommission unterzeichnet wird. Mit der Unterzeichnung dieser Urkunde ist das Verfahren abgeschlossen. Der KSZE-Rat wird über den Ausschuß Hoher Beamter von dem erfolgreichen Vergleich unterrichtet.

(2) Gelangt die Vergleichskommission zu der Auffassung, daß alle Gesichtspunkte der Streitigkeit und alle Möglichkeiten, eine Lösung herbeizuführen, geprüft worden sind, so arbeitet sie einen Schlußbericht aus. Dieser Bericht enthält die Vorschläge der Kommission zur friedlichen Beilegung der Streitigkeit.

(3) Der Bericht der Vergleichskommission wird den Streitparteien notifiziert; diese verfügen über eine Frist von dreißig Tagen, um den Bericht zu prüfen und dem Vorsitzenden der Kommission mitzuteilen, ob sie bereit sind, die vorgeschlagene Lösung anzunehmen.

(4) Nimmt eine Streitpartei die vorgeschlagene Lösung nicht an, so sind die anderen Parteien nicht länger an ihre eigene Annahme der Lösung gebunden.

(5) Haben die Streitparteien die vorgeschlagene Lösung nicht innerhalb der in Absatz 3 festgelegten Frist angenommen, so wird der Bericht dem KSZE-Rat über den Ausschuß Hoher Beamter zugeleitet.

(6) Ein Bericht zur sofortigen Notifikation des KSZE-Rates über den Ausschuß Hoher Beamter wird auch über die Umstände erstellt, unter denen eine Partei nicht zum Vergleichsverfahren erscheint oder ein Verfahren nach dessen Beginn verläßt.

ation Commission, reach a mutually acceptable settlement, they shall record the terms of this settlement in a summary of conclusions signed by their representatives and by the members of the Commission. The signing of the document shall conclude the proceedings. The CSCE Council shall be informed through the Committee of Senior Officials of the success of the conciliation.

2. When the Conciliation Commission considers that all the aspects of the dispute and all the possibilities of finding a solution have been explored, it shall draw up a final report. The report shall contain the proposals of the Commission for the peaceful settlement of the dispute.

3. The report of the Conciliation Commission shall be notified to the parties to the dispute, which shall have a period of thirty days in which to examine it and inform the Chairman of the Commission whether they are willing to accept the proposed settlement.

4. If a party to the dispute does not accept the proposed settlement, the other party or parties are no longer bound by their own acceptance thereof.

5. If, within the period prescribed in paragraph 3, the parties to the dispute have not accepted the proposed settlement, the report shall be forwarded to the CSCE Council through the Committee of Senior Officials.

6. A report shall also be drawn up which provides immediate notification to the CSCE Council through the Committee of Senior Officials of circumstances where a party fails to appear for conciliation or leaves a procedure after it has begun.

commission de conciliation, à une solution mutuellement acceptable, elles consignent les termes de cette solution dans un relevé de conclusions signé par leurs représentants et par les membres de la commission. La signature de ce document met fin à la procédure. Le Conseil de la CSCE est informé du succès de la conciliation par l'intermédiaire du Comité des hauts fonctionnaires.

2. Lorsque la commission de conciliation estime que tous les aspects du différend et toutes les possibilités de règlement ont été examinés, elle élabore un rapport final. Ce rapport comporte les propositions de la commission en vue d'un règlement pacifique du différend.

3. Le rapport de la commission de conciliation est notifié aux parties au différend, qui disposent d'un délai de trente jours pour l'examiner et faire savoir au président de la commission si elles sont prêtes à accepter la solution proposée.

4. Si une partie au différend n'accepte pas le règlement proposé, l'autre partie ou les autres parties ne sont plus liées par leur acceptation.

5. Si les parties au différend n'ont pas accepté la solution proposée dans le délai fixé au paragraphe 3, le rapport est transmis au Conseil de la CSCE par l'intermédiaire du Comité des hauts fonctionnaires.

6. Lorsqu'une partie fait défaut lors de la conciliation ou abandonne une procédure après qu'elle a été ouverte, un rapport est également établi afin de notifier immédiatement cette situation au Conseil de la CSCE par l'intermédiaire du Comité des hauts fonctionnaires.

Kapitel IV
Schiedsverfahren

Artikel 26

Ersuchen um Bildung eines Schiedsgerichts

(1) Ein Ersuchen um ein Schiedsverfahren kann jederzeit aufgrund einer Vereinbarung zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten dieses Übereinkommens oder zwischen einem oder mehreren Vertragsstaaten des Übereinkommens und einem oder mehreren anderen KSZE-Teilnehmerstaaten gestellt werden.

(2) Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens können jederzeit durch eine an den Verwahrer gerichtete Mitteilung erklären, daß sie unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit die Zuständigkeit eines Schiedsgerichts ipso facto und ohne besondere Übereinkunft als obligatorisch anerkennen. Diese Erklärung kann für unbestimmte Zeit oder für eine bestimmte Zeit abgegeben werden. Sie kann für alle Streitigkeiten gelten oder Streitigkeiten aus-

Chapter IV
Arbitration

Article 26

Request for the Constitution of an Arbitral Tribunal

1. A request for arbitration may be made at any time by agreement between two or more States parties to this Convention or between one or more States parties to this Convention and one or more other CSCE participating States.

2. The States parties to this Convention may at any time by a notice addressed to the Depositary declare that they recognize as compulsory, ipso facto and without special agreement, the jurisdiction of an Arbitral Tribunal, subject to reciprocity. Such a declaration may be made for an unlimited period or for a specified time. It may cover all disputes or exclude disputes conceming a State's territorial integrity, national defence, title to sovereignty over land territory, or

Chapitre IV
L'Arbitrage

Article 26

Demande de constitution d'un tribunal arbitral

1. Une demande d'arbitrage peut être formée à tout moment par voie d'accord entre deux ou plusieurs Etats parties à la présente Convention ou entre un ou plusieurs Etats parties à la Convention et un ou plusieurs autres Etats participant à la CSCE.

2. Les Etats parties à la Convention peuvent à tout moment, par notification adressée au Dépositaire, déclarer reconnaître comme obligatoire de plein droit et sans accord spécial la compétence d'un tribunal arbitral sous réserve de réciprocité. Cette déclaration peut être faite sans limitation de durée ou pour un délai déterminé; elle peut être faite pour tous les différends ou exclure les différends soulevant des questions concernant l'intégrité territoriale, la défense

schließen, die Fragen ihrer territorialen Integrität oder ihrer Landesverteidigung, ihrer Hoheitsansprüche auf Landgebiete oder konkurrierende Ansprüche hinsichtlich der Hoheitsgewalt über andere Gebiete berühren.

(3) Ein Ersuchen um ein Schiedsverfahren gegen einen Vertragsstaat dieses Übereinkommens, der eine Erklärung nach Absatz 2 abgegeben hat, kann erst nach Ablauf von dreißig Tagen mittels eines Antrags an den Kanzler gestellt werden, nachdem der Bericht der mit der Streitigkeit befaßten Vergleichskommission an den KSZE-Rat gemäß Artikel 25 Absatz 5 übermittelt worden ist.

(4) Wird eine Streitigkeit gemäß diesem Artikel einem Schiedsgericht unterbreitet, so kann das Gericht von sich aus oder auf Ersuchen einer oder aller Streitparteien einstweilige Maßnahmen bezeichnen, welche von den Streitparteien ergriffen werden sollten, um zu verhindern, daß sich die Streitigkeit verschärft, ihre Beilegung erschwert oder durch das Verhalten einer oder mehrerer Streitparteien die Durchsetzbarkeit eines künftigen Spruchs des Schiedsgerichts unmöglich gemacht wird.

competing claims with regard to jurisdiction over other areas.

3. A request for arbitration against a State party to this Convention which has made the declaration specified in paragraph 2 may be made by means of an application to the Registrar only after a period of thirty days after the report of the Conciliation Commission which has dealt with the dispute has been transmitted to the CSCE Council in accordance with the provisions of Article 25, paragraph 5.

4. When a dispute is submitted to an Arbitral Tribunal in accordance with this article, the Tribunal may, on its own authority or at the request of one or all of the parties to the dispute, indicate interim measures that ought to be taken by the parties to the dispute to avoid an aggravation of the dispute, greater difficulty in reaching a solution, or the possibility of a future award of the Tribunal becoming unenforceable owing to the conduct of one or more of the parties to the dispute.

nationale, un titre de souveraineté sur le territoire national ou des revendications concurrentes en ce qui concerne la juridiction sur d'autres zones.

3. Une demande d'arbitrage ne peut être formée par voie de requête adressée au Greffier de la Cour contre un Etat partie à la Convention ayant fait la déclaration prévue au paragraphe 2 qu'une fois qu'un délai de trente jours se sera écoulé après que le rapport de la commission de conciliation chargée d'examiner le différend aura été transmis au Conseil de la CSCE conformément aux dispositions du paragraphe 5 de l'article 25.

4. Lorsqu'un différend est soumis à un tribunal arbitral conformément au présent article, le tribunal peut, de sa propre autorité ou à la demande des parties au différend ou de l'une d'elles, indiquer les mesures conservatoires qui devraient être prises par les parties au différend afin d'empêcher que le différend ne s'aggrave, que sa solution ne soit rendue plus difficile ou qu'une sentence ultérieure du tribunal ne risque d'être inapplicable du fait de l'attitude des parties ou de l'une des parties au différend.

Artikel 27

Einem Schiedsgericht unterbreitete Fälle

(1) Wird mittels Vereinbarung ein Ersuchen um ein Schiedsverfahren gestellt, so wird darin der Streitgegenstand angegeben. Gibt es keine völlige oder teilweise Übereinstimmung hinsichtlich des Streitgegenstands, so kann jede beteiligte Partei ihren eigenen Standpunkt zu dem Streitgegenstand darlegen.

(2) Wird mittels eines Antrags ein Ersuchen um ein Schiedsverfahren gestellt, so werden darin der Streitgegenstand, der oder die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens, gegen die sich der Antrag richtet, sowie die wesentlichen Punkte in sachlicher und rechtlicher Hinsicht angegeben, auf denen der Antrag beruht. Sobald der Antrag eingegangen ist, notifiziert der Kanzler dies dem oder den anderen in dem Antrag genannten Vertragsstaaten.

Article 27

Cases Brought before an Arbitral Tribunal

1. If a request for arbitration is made by means of an agreement, it shall indicate the subject of the dispute. If there is no agreement, in whole or in part, concerning the subject of the dispute, each party thereto may formulate its own position in respect of such subject.

2. If a request for arbitration is made by means of an application, it shall indicate the subject of the dispute, the States party or parties to this Convention against which it is directed, and the main elements of fact and law on which it is grounded. As soon as the application is received, the Registrar shall notify the other States party or parties mentioned in the application.

Article 27

Saisine d'un tribunal arbitral

1. Si une demande d'arbitrage est formulée par voie d'accord, ce dernier précise l'objet du différend. S'il n'y a pas d'accord, en tout ou en partie, sur l'objet du différend, chaque partie peut énoncer sa propre position à cet égard.

2. Si une demande d'arbitrage est formulée par voie de requête, cette dernière précise l'objet du différend, l'Etat ou les Etats parties à la présente Convention contre lequel ou lesquels elle est dirigée et les principaux éléments de fait et de droit sur lesquels elle est fondée. Dès réception de la requête, le Greffier notifie celle-ci à l'autre Etat ou aux autres Etats visés par la requête.

Artikel 28

Bildung des Schiedsgerichts

(1) Wird ein Ersuchen um ein Schiedsverfahren gestellt, so wird ein Schiedsgericht gebildet.

(2) Die von den Streitparteien gemäß Artikel 4 ernannten Schiedsrichter sind von Amts wegen Mitglieder des Gerichts. Sind mehr als zwei Staaten Parteien derselben Streitigkeit, so können die Staaten mit gleichen Interessen einvernehmlich einen einzigen Schiedsrichter bestellen.

(3) Das Präsidium bestellt aus den Reihen der Schiedsrichter eine Anzahl von Mitgliedern des Schiedsgerichts, so daß die Anzahl der von ihm bestellten Mitglieder die der von Amts wegen tätigen um mindestens

Article 28

Constitution of the Arbitral Tribunal

1. When a request for arbitration is submitted, an Arbitral Tribunal shall be constituted.

2. The arbitrators appointed by the parties to the dispute in accordance with Article 4 are ex officio members of the Tribunal. When more than two States are parties to the same dispute, the States asserting the same interest may agree to appoint one single arbitrator.

3. The Bureau shall appoint, from among the arbitrators, a number of members to sit on the Tribunal so that the members appointed by the Bureau total at least one more than the ex officio members. Members

Article 28

Constitution du tribunal arbitral

1. Lorsqu'une demande d'arbitrage est formulée, un tribunal arbitral est constitué.

2. Les arbitres désignés par les parties au différend conformément aux dispositions de l'article 4 sont membres de droit du tribunal. Lorsque plus de deux Etats sont parties au même différend, les Etats ayant les mêmes intérêts peuvent convenir de nommer un seul arbitre.

3. Le Bureau nomme parmi les arbitres, pour siéger au tribunal, un nombre de membres supérieur d'au moins une unité à celui des membres de droit. Les membres du Bureau et leurs suppléants figurant sur la

eins übersteigt. Die Mitglieder des Präsidiums und ihre Stellvertreter, die auf der Liste der Schiedsrichter stehen, können zu Mitgliedern des Gerichts bestellt werden.

(4) Ist ein von Amts wegen tätiges Mitglied verhindert oder hat es schon früher in irgendeiner Eigenschaft an der Sache mitgewirkt, die Gegenstand der dem Gericht unterbreiteten Streitigkeit ist, so wird dieses Mitglied durch seinen Stellvertreter ersetzt. Ist der Stellvertreter in derselben Lage, so bestellt der betreffende Staat ein Mitglied zur Prüfung der Streitigkeit gemäß den in Absatz 5 festgelegten Bedingungen. Bestehen Zweifel daran, ob ein Mitglied oder sein Stellvertreter dem Gericht angehören darf, so entscheidet das Präsidium.

(5) Ein Staat, der Partei einer dem Schiedsgericht unterbreiteten Streitigkeit ist, ohne Partei dieses Übereinkommens zu sein, kann eine Person seiner Wahl entweder anhand der gemäß Artikel 4 erstellten Liste der Schiedsrichter oder unter anderen Personen, die Staatsangehörige eines KSZE-Teilnehmerstaats sind, zum Mitglied des Gerichts bestellen. Eine so bestellte Person muß die in Artikel 4 Absatz 2 festgelegten Anforderungen erfüllen; zum Zwecke der Prüfung der Streitigkeit hat sie dieselben Rechte und Pflichten wie die anderen Mitglieder des Gerichts. Die Person übt ihre Aufgaben in völliger Unabhängigkeit aus und gibt die in Artikel 5 vorgesehene Erklärung ab, bevor sie ihren Sitz im Gericht einnimmt.

(6) Das Gericht ernennt seinen Vorsitzenden aus den Reihen der vom Präsidium bestellten Mitglieder.

(7) Kann ein vom Präsidium bestelltes Mitglied des Gerichts am Verfahren nicht teilnehmen, so wird dieses Mitglied nur dann ersetzt, wenn die Anzahl der vom Präsidium bestellten Mitglieder unter die Anzahl der von Amts wegen tätigen Mitglieder beziehungsweise der von den Streitparteien gemäß Absatz 5 bestellten Mitglieder sinkt. In diesem Fall bestellt das Präsidium ein oder mehrere neue Mitglieder nach Maßgabe der Absätze 3 und 4 dieses Artikels. Im Falle der Bestellung eines oder mehrerer neuer Mitglieder wird ein neuer Vorsitzender nur dann gewählt, wenn das verhinderte Mitglied der Vorsitzende des Gerichts ist.

of the Bureau and their alternates, who are on the list of arbitrators, shall be eligible for appointment to the Tribunal.

4. If an ex officio member is unable to attend or has previously taken part in any capacity in the hearings of the case arising from the dispute submitted to the Tribunal, that member shall be replaced by his or her alternate. If the alternate is in the same situation, the State involved shall appoint a member to examine the dispute pursuant to the terms and conditions specified in paragraph 5. In the event of a question arising as to the capacity of a member or of his or her alternate to sit on the Tribunal, the matter shall be decided by the Bureau.

5. Any State, which is a party to a dispute submitted to an Arbitral Tribunal and which is not party to this Convention, may appoint a person of its choice to sit on the Tribunal, either from the list of arbitrators established in accordance with Article 4 or from among other persons who are nationals of a CSCE participating State. Any person thus appointed must meet the conditions specified in Article 4, paragraph 2, and for the purpose of examining the dispute, shall have the same rights and obligations as the other members of the Tribunal. The person shall perform his or her functions in full independence and shall make the declaration required by Article 5 before sitting on the Tribunal.

6. The Tribunal shall appoint its Chairman from among the members appointed by the Bureau.

7. In the event that one of the members of the Tribunal appointed by the Bureau is unable to attend the proceedings, that member shall not be replaced unless the number of members appointed by the Bureau falls below the number of ex officio members, or members appointed by the parties to the dispute in accordance with paragraph 5. In this event, one or more new members shall be appointed by the Bureau pursuant to paragraphs 3 and 4 of this article. A new Chairman will not be elected if one or more new members are appointed, unless the member unable to attend is the Chairman of the Tribunal.

liste des arbitres peuvent être nommés pour siéger au tribunal.

4. Si un membre de droit du tribunal est empêché ou s'il a eu à connaître antérieurement, à quelque titre que ce soit, de l'affaire faisant l'objet du différend soumis au tribunal, ce membre est remplacé par son suppléant. Si ce dernier se trouve dans la même situation, l'Etat concerné procède à la nomination d'un membre aux fins de l'examen du différend selon les modalités prévues au paragraphe 5. En cas de doute sur la capacité d'un membre ou de son suppléant de siéger au sein du tribunal, le Bureau décide.

5. Tout Etat qui est partie à un différend soumis à un tribunal arbitral sans être partie à la présente Convention peut nommer pour siéger au sein du tribunal une personne choisie soit sur la liste des arbitres établie conformément aux dispositions de l'article 4, soit parmi des ressortissants d'un Etat participant à la CSCE. Toute personne ainsi désignée doit remplir les conditions énoncées au paragraphe 2 de l'article 4; elle a, aux fins de l'examen du différend, les mêmes droits et obligations que les autres membres du tribunal. Elle exerce ses fonctions en toute indépendance et fait la déclaration prescrite à l'article 5 avant de siéger au sein du tribunal.

6. Le tribunal élit son président parmi les membres nommés par le Bureau.

7. En cas d'empêchement d'un membre du tribunal nommé par le Bureau, il n'est pas procédé à son remplacement, sauf si le nombre des membres nommés par le Bureau devient inférieur à celui des membres de droit ou des membres nommés par les parties au différend conformément au paragraphe 5. Dans ce cas, un ou plusieurs nouveaux membres sont nommés par le Bureau en application des paragraphes 3 et 4 du présent article. A moins que le membre défaillant ne soit le président du tribunal, il n'est pas procédé à l'élection d'un nouveau président dans le cas de la nomination d'un ou de plusieurs nouveaux membres.

Artikel 29

Schiedsverfahren

(1) Während des Schiedsverfahrens, das den Grundsätzen eines gerechten Verfahrens entspricht, haben alle Parteien das Recht, gehört zu werden. Das Verfahren besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil.

(2) Das Schiedsgericht besitzt gegenüber den Streitparteien die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Untersuchungs- und Ermittlungsbefugnisse.

(3) Jeder KSZE-Teilnehmerstaat, welcher der Auffassung ist, ein besonderes rechtliches Interesse zu haben, das durch die

Article 29

Arbitration Procedure

1. All the parties to the dispute shall have the right to be heard during the arbitration proceedings, which shall conform to the principles of a fair trial. The proceedings shall consist of a written part and an oral part.

2. The Arbitral Tribunal shall have, in relation to the parties to the dispute, the necessary fact-finding and investigative powers to carry out its tasks.

3. Any CSCE participating State which considers that it has a particular interest of a legal nature likely to be affected by the

Article 29

Procédure d'arbitrage

1. La procédure d'arbitrage est contradictoire et conforme aux principes du procès équitable. Elle comporte une phase écrite et une phase orale.

2. Le tribunal arbitral dispose, vis-à-vis des parties au différend, des pouvoirs d'instruction et d'investigation nécessaires à l'accomplissement de sa tâche.

3. Tout Etat participant à la CSCE qui estime avoir un intérêt juridique particulier susceptible d'être affecté par la décision du

Entscheidung des Gerichts berührt werden könnte, kann innerhalb von fünfzehn Tagen nach der in Artikel 15 genannten Weiterleitung der Notifikation durch das KSZE-Sekretariat beim Kanzler ein Ersuchen um Beitritt zum Verfahren stellen. Dieses Ersuchen wird den Streitparteien und dem für die Streitigkeit gebildeten Gericht umgehend übermittelt.

(4) Weist der um Beitritt ersuchende Staat nach, daß er ein solches Interesse hat, so ist er befugt, in dem zum Schutz dieses Interesses erforderlichen Umfang am Verfahren teilzunehmen. Der entsprechende Teil der Entscheidung des Schiedsgerichts ist für den beitretenden Staat bindend.

(5) Die Streitparteien können dem Gericht ihre Stellungnahmen zu dem Ersuchen um Beitritt innerhalb einer Frist von dreißig Tagen zukommen lassen. Das Gericht entscheidet über die Zulässigkeit des Ersuchens.

(6) Die Verhandlungen vor dem Gericht erfolgen unter Ausschluß der Öffentlichkeit, sofern das Gericht auf Antrag der Streitparteien nichts anderes beschließt.

(7) Erscheinen eine oder mehrere Streitparteien nicht, so können die anderen beteiligten Parteien das Gericht ersuchen, im Sinne ihrer Anträge zu entscheiden. Bevor das Gericht diesem Ersuchen stattgibt, muß es sich seiner Zuständigkeit und der Begründetheit der Anträge der am Verfahren beteiligten Partei oder Parteien vergewissern.

ruling of the Tribunal may, within fifteen days of the transmission of the notification by the CSCE Secretariat as specified in Article 15, address to the Registrar a request to intervene. This request shall be immediately transmitted to the parties to the dispute and to the Tribunal constituted for the dispute.

4. If the intervening State establishes that it has such an interest, it shall be authorized to participate in the proceedings in so far as may be required for the protection of this interest. The relevant part of the ruling of the Tribunal is binding upon the intervening State.

5. The parties to the dispute have a period of thirty days in which to address their observations regarding the request for intervention to the Tribunal. The Tribunal shall render its decision on the admissibility of the request.

6. The hearings in the Tribunal shall be held in camera, unless the Tribunal decides otherwise at the request of the parties to the dispute.

7. In the event that one or more parties to the dispute fail to appear, the other party or parties thereto may request the Tribunal to decide in favour of its or their claims. Before doing so, the Tribunal must satisfy itself that it is competent and that the claims of the party or parties taking part in the proceedings are well-founded.

tribunal peut, dans les quinze jours suivant la transmission de la notification effectuée par le Secrétariat de la CSCE conformément à l'article 15, adresser au Greffier de la Cour une requête aux fins d'intervention. Cette requête est immédiatement transmise aux parties au différend et au tribunal constitué pour examiner le différend.

4. Si l'Etat intervenant établit l'existence d'un tel intérêt, il est autorisé à participer à la procédure dans la mesure nécessaire à la protection de cet intérêt. La partie pertinente de la décision du tribunal lie l'Etat intervenant.

5. Les parties au différend disposent d'un délai de trente jours pour faire parvenir au tribunal leurs observations sur la requête aux fins d'intervention. Le tribunal se prononce sur la recevabilité de cette demande.

6. Les débats devant le tribunal se déroulent à huis clos, à moins que le tribunal n'en décide autrement à la demande des parties au différend.

7. En cas de défaut d'une partie ou de plusieurs parties au différend, l'autre partie ou les autres parties peuvent demander au tribunal de lui ou de leur adjuger ses ou leurs conclusions. Dans ce cas, le tribunal rend sa sentence après s'être assuré de sa compétence et du bien-fondé des arguments de la partie ou des parties participant à la procédure.

Artikel 30

Aufgabe des Schiedsgerichts

Aufgabe des Schiedsgerichts ist es, die ihm unterbreiteten Streitigkeiten gemäß dem Völkerrecht zu entscheiden. Diese Bestimmung berührt nicht die Befugnis des Gerichts, einen Fall ex aequo et bono zu entscheiden, sofern die Streitparteien dies vereinbaren.

Article 30

Function of the Arbitral Tribunal

The function of the Arbitral Tribunal shall be to decide, in accordance with international law, such disputes as are submitted to it. This provision shall not prejudice the power of the Tribunal to decide a case ex aequo et bono, if the parties to the dispute so agree.

Article 30

Rôle du tribunal arbitral

Le rôle du tribunal arbitral est de trancher, conformément au droit international, les différends qui lui sont soumis. La présente disposition ne porte pas atteinte à la faculté pour le tribunal, si les parties au différend sont d'accord, de statuer ex aequo et bono.

Artikel 31

Schiedsspruch

(1) Der Schiedsspruch des Schiedsgerichts ist zu begründen. Gibt er weder ganz noch zum Teil die übereinstimmende Auffassung der Mitglieder des Schiedsgerichts wieder, so hat jedes Mitglied das Recht, eine persönliche oder abweichende Meinung zu äußern.

(2) Vorbehaltlich des Artikels 29 Absatz 4 ist der Schiedsspruch des Gerichts nur für die Streitparteien und nur für den Fall bindend, auf den er sich bezieht.

(3) Der Schiedsspruch ist endgültig und unterliegt keinem Rechtsmittel. Die Streitparteien oder eine von ihnen können jedoch das Gericht ersuchen, den Schiedsspruch hinsichtlich seiner Bedeutung oder seiner Tragweite auszulegen. Sofern die Streitparteien nichts anderes vereinbaren, ist ein solcher Antrag spätestens sechs Monate

Article 31

Arbitral Award

1. The award of the Arbitral Tribunal shall state the reasons on which it is based. If it does not represent in whole or in part the unanimous opinion of the members of the Arbitral Tribunal, any member shall be entitled to deliver a separate or dissenting opinion.

2. Subject to Article 29, paragraph 4, the award of the Tribunal shall have binding force only between the parties to the dispute and in respect of the case to which it relates.

3. The award shall be final and not subject to appeal. However, the parties to the dispute or one of them may request that the Tribunal interpret its award as to the meaning or scope. Unless the parties to the dispute agree otherwise, such request shall be made at the latest within six months after the communication of the award. After re-

Article 31

Sentence du tribunal arbitral

1. La sentence du tribunal arbitral est motivée. Si elle n'exprime pas, en tout ou en partie, l'opinion unanime des membres du tribunal, ceux-ci peuvent y joindre l'exposé de leur opinion individuelle ou dissidente.

2. Sous réserve du paragraphe 4 de l'article 29, la sentence du tribunal n'est obligatoire que pour les parties au différend et dans le cas qui a été décidé.

3. La sentence est définitive et n'est susceptible d'aucun appel. Toutefois, les parties au différend ou l'une d'elles peuvent demander au tribunal de procéder à l'interprétation de la sentence en cas de contestation sur son sens ou sa portée. A moins que les parties au différend n'en décident autrement, cette demande doit être formu-

nach Übermittlung des Schiedsspruchs zu stellen. Nachdem das Gericht die Stellungnahmen der Streitparteien erhalten hat, nimmt es diese Auslegung so bald wie möglich vor.

(4) Ein Antrag auf Wiederaufnahme des Schiedsverfahrens kann nur gestellt werden, wenn eine Tatsache von entscheidender Bedeutung bekannt wird, die vor Verkündung des Schiedsspruchs dem Gericht und der oder den die Wiederaufnahme beantragenden Streitparteien unbekannt war. Der Antrag auf Wiederaufnahme muß spätestens sechs Monate nach Bekanntwerden der neuen Tatsache gestellt werden. Nach Ablauf von zehn Jahren nach Übermittlung des Schiedsspruchs ist ein Wiederaufnahmeantrag nicht mehr zulässig.

(5) Soweit möglich wird ein Auslegungsersuchen oder ein Wiederaufnahmeantrag von dem Gericht geprüft, das den Schiedsspruch gefällt hat. Ist dies nach Auffassung des Präsidiums nicht möglich, so wird ein anderes Gericht gemäß Artikel 28 gebildet.

Artikel 32

Veröffentlichung des Schiedsspruchs

Der Schiedsspruch wird durch den Kanzler veröffentlicht. Eine beglaubigte Abschrift wird den Streitparteien und dem KSZE-Rat über den Ausschuß Hoher Beamter übermittelt.

ceiving the observations of the parties to the dispute, the Tribunal shall render its interpretation as soon as possible.

4. An application for revision of the award may be made only when it is based upon the discovery of some fact which is of such a nature as to be a decisive factor and which, when the award was rendered, was unknown to the Tribunal and to the party or parties to the dispute claiming revision. The application for revision must be made at the latest within six months of the discovery of the new fact. No application for revision may be made after the lapse of ten years from the date of the award.

5. As far as possible, the examination of a request for interpretation or an application for revision should be carried out by the Tribunal which made the award in question. If the Bureau should find this to be impossible, another Tribunal shall be constituted in accordance with the provisions of Article 28.

Article 32

Publication of the Arbitral Award

The award shall be published by the Registrar. A certified copy shall be communicated to the parties to the dispute and to the CSCE Council through the Committee of Senior Officials.

lée au plus tard dans les six mois suivant la communication de la sentence. Après avoir reçu les observations des parties au différend, le tribunal procède à l'interprétation de la sentence aussitôt que possible.

4. Une demande en révision de la sentence ne peut être présentée qu'en raison de la découverte d'un fait de nature à exercer une influence décisive et qui, avant le prononcé de la sentence, était inconnu du tribunal et de la partie ou des parties au différend demandant la révision. La demande en révision doit être formulée au plus tard dans les six mois suivant la découverte du fait nouveau. Aucune demande de révision ne peut être faite après une période de dix ans suivant la date de la sentence.

5. Dans la mesure du possible, l'examen d'une demande d'intérprétation ou d'une demande en révision incombe au tribunal qui a rendu la sentence; si le Bureau constate que cela est impossible, il est procédé à la constitution d'un nouveau tribunal conformément aux dispositions de l'article 28.

Article 32

Publication de la sentence arbitrale

La sentence arbitrale est publiée par les soins du Greffier. Une copie certifiée conforme est communiquée aux parties au différend et au Conseil de la CSCE par l'intermédiaire du Comité des hauts fonctionnaires.

Kapitel V
Schlußbestimmungen

Artikel 33

Unterzeichnung und Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die KSZE-Teilnehmerstaaten bei der Regierung Schwedens bis zum 31. März 1993 zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation.

(2) Die KSZE-Teilnehmerstaaten, die dieses Übereinkommen nicht unterzeichnet haben, können ihm später beitreten.

(3) Dieses Übereinkommen tritt zwei Monate nach Hinterlegung der zwölften Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(4) Für jeden Staat, der dieses Übereinkommen nach Hinterlegung der zwölften Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihm beitritt, tritt das Übereinkommen zwei Monate nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(5) Die Regierung Schwedens ist Verwahrer dieses Übereinkommens.

Artikel 34

Vorbehalte

Vorbehalte zu diesem Übereinkommen sind nicht zulässig, sofern sie darin nicht ausdrücklich zugelassen sind.

Chapter V
Final Provisions

Article 33

Signature and Entry into Force

1. This Convention shall be open for signature with the Government of Sweden by the CSCE participating States until 31 March 1993. It shall be subject to ratification.

2. The CSCE participating States which have not signed this Convention may subsequently accede thereto.

3. This Convention shall enter into force two months after the date of deposit of the twelfth instrument of ratification or accession.

4. For every State which ratifies or accedes to this Convention after the deposit of the twelfth instrument of ratification of accession, the Convention shall enter into force two months after its instrument of ratification or accession has been deposited.

5. The Government of Sweden shall serve as depositary of this Convention.

Article 34

Reservations

This Convention may not be the subject of any reservation that it does not expressly authorize.

Chapitre V
Dispositions finales

Article 33

Signature et entrée en vigueur

1. La présente Convention est ouverte, auprès du Gouvernement de la Suède, à la signature des Etats participant à la CSCE jusqu'au 31 mars 1993. Elle est soumise à ratification.

2. Les Etats participant à la CSCE qui n'ont pas signé la Convention peuvent y adhérer ultérieurement.

3. La Convention entre en vigueur deux mois après la date de dépôt du douzième instrument de ratification ou d'adhésion.

4. Pour tout Etat qui la ratifie ou y adhére après le dépôt du douzième instrument de ratification ou d'adhésion, la Convention, entre en vigueur deux mois après le dépôt de son instrument de ratification ou d'adhésion.

5. Le Gouvernement de la Suède assure les fonctions de Dépositaire de la Convention.

Article 34

Réserves

La présente Convention ne peut faire l'objet d'aucune réserve qu'elle n'autorise expressément.

Artikel 35

Änderungen

(1) Änderungen dieses Übereinkommens müssen nach Maßgabe der folgenden Absätze beschlossen werden.

(2) Änderungen dieses Übereinkommens können von jedem Vertragsstaat des Übereinkommens vorgeschlagen werden; sie werden vom Verwahrer dem KSZE-Sekretariat zur Weiterleitung an die KSZE-Teilnehmerstaaten übermittelt.

(3) Beschließt der KSZE-Rat den vorgeschlagenen Wortlaut der Änderung, so wird dieser vom Verwahrer an die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens zur Annahme nach Maßgabe ihrer jeweiligen verfassungsrechtlichen Erfordernisse weitergeleitet.

(4) Jede derartige Änderung tritt am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem alle Vertragsstaaten dieses Übereinkommens dem Verwahrer ihre Annahme der Änderung mitgeteilt haben.

Article 35

Amendments

1. Amendments to this Convention must be adopted in accordance with the following paragraphs.

2. Amendments to this Convention may be proposed by any State party thereto, and shall be communicated by the Depositary to the CSCE Secretariat for transmission to the CSCE Participating States.

3. If the CSCE Council adopts the proposed text of the amendment, the text shall be forwarded by the Depositary to States parties to this Convention for acceptance in accordance with their respective constitutional requirements.

4. Any such amendment shall come into force on the thirtieth day after all States parties to this Convention have informed the Depositary of their acceptance thereof.

Article 35

Amendements

1. Les amendements à la présente Convention doivent être adoptés conformément aux paragraphes qui suivent.

2. Tout Etat partie à la Convention peut formuler des propositions d'amendement à celle-ci, lesquelles sont communiquées par le Dépositaire au Secrétariat de la CSCE pour transmission aux Etats participant à la CSCE.

3. Si le Conseil de la CSCE adopte le texte d'amendement proposé celui-ci est communiqué par le Dépositaire aux Etats parties à la Convention pour acceptation conformément à leurs règles constitutionnelles respectives.

4. Tout amendement ainsi adopté entre en vigueur le trentième jour après que tous les Etats parties à la Convention auront informé le Dépositaire de leur acceptation de cet amendement.

Artikel 36

Kündigung

(1) Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens kann das Übereinkommen jederzeit durch eine an den Verwahrer gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation bei dem Verwahrer wirksam.

(3) Dieses Übereinkommen bleibt jedoch für die kündigende Partei im Hinblick auf die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Kündigung laufenden Verfahren gültig. Diese Verfahren werden zu Ende geführt.

Article 36

Denunciation

1. Any State party to this Convention may, at any time, denounce this Convention by means of a notification addressed to the Depositary.

2. Such denunciation shall become effective one year after the date of receipt of the notification by the Depositary.

3. This Convention shall, however, continue to apply for the denouncing party with respect to proceedings which are under way at the time the denunciation enters into force. Such proceedings shall be pursued to their conclusion.

Article 36

Dénonciation

1. Tout Etat partie à la présente Convention peut, à tout moment, dénoncer celle-ci par une notification adressée au Dépositaire.

2. Une telle dénonciation prend effet un an après la date de réception de la notification par le Dépositaire.

3. Toutefois, la Convention continue de s'appliquer à l'Etat auteur de la dénonciation pour les procédures en cours au moment de l'entrée en vigueur de la dénonciation. Ces procédures se poursuivent jusqu'à leur terme.

Artikel 37

Notifikationen und Mitteilungen

Die vom Verwahrer vorzunehmenden Notifikationen und Mitteilungen werden dem Kanzler und dem KSZE-Sekretariat zur Weiterleitung an die KSZE-Teilnehmerstaaten übermittelt.

Article 37

Notifications and Communications

The notifications and communications to be made by the Depositary shall be transmitted to the Registrar and to the CSCE Secretariat for further transmission to the CSCE participating States.

Article 37

Notifications et communications

Les notifications et les communications incombant au Dépositaire sont adressées au Greffier et au Secrétariat de la CSCE et communiquées ensuite aux Etats participant à la CSCE.

Artikel 38

Nichtvertragsparteien

Im Einklang mit dem Völkerrecht wird bekräftigt, daß nichts in diesem Übereinkommen so auszulegen ist, daß KSZE-Teilnehmerstaaten, die nicht Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, Verpflichtungen entstehen, sofern solche Verpflichtungen nicht ausdrücklich vorgesehen sind und von solchen Staaten nicht ausdrücklich in schriftlicher Form anerkannt werden.

Article 38

Non-Parties

In conformity with international law, it is confirmed that nothing in this Convention shall be interpreted to establish any obligations or commitments for CSCE participating States that are not parties to this Convention if not expressly provided for and expressly accepted by such States in writing.

Article 38

Etats qui ne sont pas parties à la présente Convention

Il est confirmé que, conformément au droit international, aucune disposition de la présente Convention ne doit être interprétée comme créant des obligations ou des engagements quelconques pour des Etats participant à la CSCE qui ne sont pas parties à la Convention, à moins qu'ils ne soient expressément prévus et expressément acceptés par écrit par ces Etats.

Artikel 39

Übergangsbestimmungen

(1) Der Gerichtshof wählt innerhalb von vier Monaten nach Inkrafttreten dieses

Article 39

Transitional Provisions

1. The Court shall proceed, within four months of the entry into force of this Con-

Article 39

Dispositions transitoires

1. Dans les quatre mois suivant l'entrée en vigueur de la présente Convention, la

Übereinkommens das Präsidium, nimmt seine Verfahrensordnung an und ernennt den Kanzler gemäß den Bestimmungen der Artikel 7, 9 und 11. Die Reglerung des Sitzstaats des Gerichtshofs trifft im Zusammenwirken mit dem Verwahrer die erforderlichen Vorkehrungen.

(2) Bis zur Ernennung eines Kanzlers werden die Aufgaben des Kanzlers gemäß Artikel 3 Absatz 5 und Artikel 4 Absatz 7 vom Verwahrer wahrgenommen.

Geschehen zu Stockholm am 15. Dezember 1992 in deutscher, englischer, französischer, italienischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

vention, to elect the Bureau, to adopt its rules and to appoint the Registrar in accordance with the provisions of Articles 7, 9 and 11. The host Government of the Court shall, in co-operation with the Depositary, make the arrangements required.

2. Until a Registrar is appointed, the duties of the Registrar under Article 3, paragraph 5, and Article 4, paragraph 7 shall be performed by the Depositary.

Done at Stockholm, in the English, French, German, Italian, Russian and Spanish languages, all six language versions being equally authentic, on 15th December 1992.

Cour procède à l'élection de son Bureau, à l'adoption de son Règlement et à la désignation du Greffier conformément aux dispositions des articles 7, 9 et 11. Le Gouvernement hôte de la Cour prend les dispositions nécessaires en coopération avec le Dépositaire.

2. Tant que le Greffier n'est pas nommé, les fonctions prévues au paragraphe 5 de l'article 3 et au paragraphe 7 de l'article 4 sont exercées par le Dépositaire.

Fait à Stockholm en allemand, anglais, espagnol, français, italien et russe, les six langues faisant également foi, le 15 décembre1992.

Finanzprotokoll nach Artikel 13 des Übereinkommens über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE

Financial Protocol Established in Accordance with Article 13 of the Convention on Conciliation and Arbitration within the CSCE

Protocole financier établi conformément à l'article 13 de la Convention relative à la conciliation et a l'arbitrage au sein de la CSCE

Artikel 1

Kosten des Gerichtshofs

1. Alle Kosten des durch das Übereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE (im folgenden als „Übereinkommen" bezeichnet) errichteten Gerichtshofs werden von den Vertragsstaaten des Übereinkommens getragen. Die Kosten für die Schlichter und Schiedsrichter sind Kosten des Gerichtshofs.

2. Die Verpflichtungen des Gaststaats hinsichtlich der Ausgaben im Zusammenhang mit den Räumlichkeiten und der Ausstattung des Gerichtshofs, deren Unterhaltung, Versicherung und Sicherheit sowie deren Nebenkosten werden in einem Schriftwechsel zwischen dem mit Zustimmung und im Namen der Vertragsstaaten des Übereinkommens handelnden Gerichtshof und dem Gaststaat festgelegt.

Article 1

Costs of the Court

1. All the costs of the court established by the Convention on Conciliation and Arbitration within the CSCE (hereinafter referred to as "the Convention") shall be met by the States parties to the Convention. Costs of conciliators and arbitrators shall be costs of the Court.

2. The obligations of the host State with respect to expenditures in connection with the premises and furniture for use by the Court, their maintenance, insurance and security, as well as utilities, shall be set out in an exchange of letters between the Court acting with the consent of and on behalf of the States parties to the Convention, and the host State.

Article premier

Frais de la Cour

1. Tous les frais de la Cour établie par la Convention relative à la conciliation et à l'arbitrage au sein de la CSCE (ci-après dénommée «la Convention») sont supportés par les Etats parties à la Convention. Les frais relatifs aux conciliateurs et aux arbitres sont supportés par la Cour.

2. Les obligations de l'Etat du siège en matière de dépenses relatives aux locaux et au mobilier mis à la disposition de la Cour, à leur entretien, leur assurance et leur protection, ainsi qu'aux charges courantes, font l'objet d'un échange de lettres entre la Cour, agissant avec le consentement des Etats parties à la Convention et en leur nom, et l'Etat du siège.

Artikel 2

Beiträge zum Haushalt des Gerichtshofs

1. Die Beiträge zum Haushalt des Gerichtshofs werden unter den Vertragsstaaten des Übereinkommens entsprechend dem in der KSZE geltenden Beitragsschlüssel aufgeteilt und unter Berücksichtigung des zahlenmäßigen Unterschieds zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten und den Vertragsstaaten des Übereinkommens angepaßt.

2. Ratifiziert ein Staat das Übereinkommen nach seinem Inkrafttreten oder tritt er ihm danach bei, so beträgt sein Beitrag für das laufende Finanzjahr ein Zwölftel seines Anteils an dem nach Absatz 1 berechneten Satz für jeden vollen Monat des Finanzjahrs, das nach dem Zeitpunkt verbleibt, zu dem das Übereinkommen für den Staat in Kraft getreten ist.

3. Unterbreitet ein Staat, der nicht Vertragspartei des Übereinkommens ist, dem Gerichtshof nach Artikel 20 Absatz 2 oder Artikel 26 Absatz 1 des Übereinkommens eine Streitigkeit, so trägt er für die Dauer des Verfahrens zur Finanzierung des Haushalts des Gerichtshofs bei, als sei er Vertragspartei des Übereinkommens.

Article 2

Contributions to the Budget of the Court

1. Contributions to the budget of the Court shall be divided among the States parties to the Convention according to the scale of distribution applicable within the CSCE, adjusted to take into account the difference in number between the CSCE participating States and the States parties to the Convention.

2. If a State ratifies or accedes to the Convention after its entry into force, its contribution shall be equal, for the current financial year, to one-twelfth of its portion of the adjusted scale, as established according to paragraph 1 of this Article, for each full month of that financial year which remains after the date on which the Convention enters into force in respect of it.

3. If a State which is not a party to the Convention submits a dispute to the Court pursuant to the provisions of Article 20, paragraph 2, or Article 26, paragraph 1 of the Convention, it shall contribute to the financing of the budget of the Court, for the duration of the proceedings, as if it were a party to the Convention.

Article 2

Contributions au budget de la Cour

1. Les contributions au budget de la Cour sont réparties entre les Etats parties à la Convention conformément au barème de répartition applicable au sein de la CSCE, adapté en fonction de la différence numérique entre les Etats participant à la CSCE et les Etats parties à la Convention.

2. Si un Etat ratifie la Convention ou y adhère après son entrée en vigueur, sa contribution est égale, pour l'exercice en cours, à un douzième de sa quote-part du barème adapté, tel qu'établi conformément au paragraphe 1 du présent article, pour chaque mois entier de l'exercice restant à courir à la date à laquelle la Convention entre en vigueur pour cet Etat.

3. Lorsqu'un Etat qui n'est pas partie à la Convention soumet un différend à la Cour en application des dispositions de l'article 20, paragraphe 2, ou de l'article 26, paragraphe 1, de la Convention, il contribue au budget de la Cour, pendant la durée de la procédure, comme s'il était partie à la Convention.

Bezüglich der Anwendung dieses Absatzes gilt das Vergleichsverfahren als an dem Tag begonnen, an dem der Kanzler die Mitteilung von der Vereinbarung der Parteien über die Bildung einer Kommission erhält, und als an dem Tag beendet, an dem die Kommission den Parteien ihren Bericht notifiziert. Zieht sich eine Partei aus dem Verfahren zurück, so gilt das Verfahren als an dem Tag beendet, an dem der in Artikel 25 Absatz 6 des Übereinkommens genannte Bericht notifiziert wird. Das Schiedsverfahren gilt als an dem Tag begonnen, an dem der Kanzler die Mitteilung von der Vereinbarung der Parteien über die Bildung eines Gerichts erhält, und als an dem Tag beendet, an dem das Gericht seinen Schiedsspruch fällt.

For the application of this paragraph, the conciliation shall be presumed to commence on the day the Registrar receives notice of the agreement of the parties to set up a Commission and to end on the day the Commission notifies its report to the parties. If a party withdraws from the proceedings, these proceedings shall be considered as ended on the day of notice of the report specified in Article 25, paragraph 6 of the Convention. The arbitration proceedings shall be presumed to start on the day the Registrar receives notice of the agreement of the parties to establish a Tribunal and to end on the day the Tribunal renders its award.

Aux fins de l'application du présent paragraphe, la procédure de conciliation est réputée commencer le jour où le Greffier reçoit la notification de l'accord des parties sur la constitution d'une commission et prendre fin le jour où la commission notifie son rapport aux parties. Si une partie abandonne la procédure, celle-ci est réputée prendre fin le jour de la notification du rapport prévu à l'article 25, paragraphe 6, de la Convention. La procédure d'arbitrage est réputée commencer le jour où le Greffier reçoit la notification de l'accord des parties sur la constitution d'un tribunal et prendre fin le jour où le tribunal rend sa sentence.

Artikel 3

Finanzjahr und Haushalt

1. Das Finanzjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

2. Der in Übereinstimmung mit dem Präsidium des Gerichtshofs handelnde Kanzler stellt alljährlich einen Haushaltsentwurf für den Gerichtshof auf. Der Haushaltsentwurf für das folgende Finanzjahr wird den Vertragsstaaten des Übereinkommens vor dem 15. September zugeleitet.

3. Der Haushalt wird von den Vertretern der Vertragsstaaten des Übereinkommens gebilligt. Prüfung und Billigung des Haushalts erfolgen in Wien, sofern die Vertragsstaaten des Übereinkommens nichts anderes vereinbaren. Nach Billigung des Haushalts für das Finanzjahr ersucht der Kanzler die Vertragsstaaten des Übereinkommens um Überweisung ihrer Beiträge.

Ist der Haushalt bis zum 31. Dezember nicht gebilligt, so legt der Gerichtshof seiner Arbeit den vorigen Haushalt zugrunde und, vorbehaltlich späterer Anpassungen, ersucht der Kanzler die Vertragsstaaten des Übereinkommens um Überweisung ihrer Beiträge entsprechend diesem Haushalt.

Der Kanzler ersucht die Vertragsstaaten des Übereinkommens, fünfzig Prozent ihres Beitrags am 1. Januar und die übrigen fünfzig Prozent am 1. April zur Verfügung zu stellen.

4. Vorbehaltlich eines gegenteiligen Beschlusses durch die Vertreter der Vertragsstaaten des Übereinkommens lautet der Haushalt auf Schweizer Franken, und die Beiträge der Staaten werden in dieser Währung geleistet.

5. Ein Staat, der das Übereinkommen nach dessen Inkrafttreten ratifiziert oder ihm danach beitritt, zahlt seinen ersten Beitrag zum Haushalt innerhalb von zwei Monaten, nachdem der Kanzler darum ersucht hat.

6. Staaten, die nicht Vertragspartei des Übereinkommens sind, dem Gerichtshof jedoch eine Streitigkeit unterbreitet haben, entrichten ihren Beitrag innerhalb von zwei Monaten, nachdem der Kanzler darum ersucht hat.

Article 3

Financial Year and Budget

1. The financial year shall be from 1 January to 31 December.

2. The Registrar, acting with the concurrence of the Bureau of the Court, shall establish each year a budget proposal for the Court. The budget proposal for the ensuing financial year shall be submitted to the States parties to the Convention before 15 September.

3. The budget shall be approved by the representatives of the States parties to the Convention. Consideration and approval of the budget shall take place in Vienna unless the States parties to the Convention otherwise agree. On approval of the budget for the financial year the Registrar shall request the States parties to the Convention to remit their contributions.

If the budget is not approved by 31 December the Court will operate on the basis of the preceding budget and, without prejudice to later adjustments, the Registrar shall request the States parties to the Convention to remit their contributions in accordance with this budget.

The Registrar shall request States parties to the Convention to make fifty per cent of their contributions available on 1 January and the remaining fifty per cent on 1 April.

4. Barring a decision to the contrary by the representatives of the States parties to the Convention, the budget shall be established in Swiss francs and the contributions of the States shall be paid in this currency.

5. A State which ratifies or accedes to the Convention after its entry into force shall pay its first contribution to the budget within two months after the request by the Registrar.

6. States which, without being parties to the Convention, have submitted a dispute to the Court, shall pay their contribution within two months after the request by the Registrar.

Article 3

Année budgétaire et budget

1. L'année budgétaire commence le 1er janvier et se termine le 31 décembre.

2. Le Greffier, agissant de concert avec le Bureau de la Cour, établit chaque année un projet de budget pour la Cour. Le projet de budget pour l'exercice à venir est soumis aux Etats parties à la Convention avant le 15 septembre.

3. Le budget est adopté par les représentants des Etats parties à la Convention. L'examen et l'adoption du budget se font à Vienne, sauf si les Etats parties à la Convention en décident autrement. Dès l'adoption du budget pour l'année budgétaire considérée, le Greffier demande aux Etats parties à la Convention de verser leur contribution.

Si le budget n'a pas été adopté au 31 décembre, la Cour fonctionne sur la base du budget précédent et, sans préjudice d'adaptations ultérieures, le Greffier demande aux Etats parties à la Convention de verser leur contribution conformément à ce budget.

Le Greffier demande aux Etats parties à la Convention de mettre à disposition cinquante pour cent de leur contribution au 1er janvier et les cinquante pour cent restants au 1er avril.

4. Sauf décision contraire des représentants des Etats parties à la Convention, le budget est établi en francs suisses et les contributions des Etats sont versées en cette monnaie.

5. Un Etat qui ratifie la Convention ou y adhère après son entrée en vigueur verse sa première contribution au budget dans les deux mois qui suivent la demande faite par le Greffier.

6. Les Etats qui, sans être parties à la Convention, soumettent un différend à la Cour versent leur contribution dans les deux mois qui suivent la demande faite par le Greffier.

7. Im Jahr des Inkrafttretens des Übereinkommens entrichten die Vertragsstaaten des Übereinkommens ihren Beitrag zum Haushalt innerhalb von zwei Monaten nach Hinterlegung der zwölften Ratifikationsurkunde zu dem Übereinkommen. Dieser Haushalt wird vorläufig auf 250 000 Schweizer Franken festgesetzt.

Artikel 4

Verpflichtungen, Zahlungen und überarbeiteter Haushalt

1. Mit der Billigung des Haushalts erhält der unter der Verantwortung des Präsidiums des Gerichtshofs handelnde Kanzler die Befugnis, bis zu der genehmigten Höhe und zu den genehmigten Zwecken Verbindlichkeiten einzugehen und Zahlungen zu tätigen.

2. Der unter der Verantwortung des Präsidiums des Gerichtshofs handelnde Kanzler ist befugt, zwischen den Einzelposten und Unterpositionen Übertragungen bis zu fünfzehn Prozent der Einzelposten/Unterpositionen vorzunehmen. Alle diese Übertragungen müssen vom Kanzler im Zusammenhang mit dem in Artikel 9 genannten Jahresabschluß gemeldet werden.

3. Verbindlichkeiten, die am Ende des Finanzjahrs noch offen sind, werden ins nächste Finanzjahr übertragen.

4. Wenn es die Umstände erfordern, ist der Kanzler nach sorgfältiger Prüfung der zur Verfügung stehenden Mittel im Hinblick auf Einsparungen befugt, einen überarbeiteten Haushalt, mit dem ein Ersuchen um zusätzliche Mittelzuweisungen einhergehen kann, den Vertretern der Vertragsstaaten des Übereinkommens zur Billigung vorzulegen.

5. Jeder Überschußbetrag für ein bestimmtes Finanzjahr wird von den veranschlagten Beiträgen für das Finanzjahr abgezogen, welches auf dasjenige folgt, in dem die Abrechnung von den Vertretern der Vertragsstaaten des Übereinkommens gebilligt wurde. Jeder Minusbetrag wird auf das folgende Finanzjahr übertragen, es sei denn, die Vertreter der Vertragsstaaten des Übereinkommens beschließen zusätzliche Beiträge.

Artikel 5

Betriebsmittelfonds

Durch Konsens kann ein Betriebsmittelfonds gebildet werden, falls die Vertragsstaaten des Übereinkommens ihn als notwendig erachten. Er wird von den Vertragsstaaten des Übereinkommens finanziert.

Artikel 6

Tagegelder und Nominalpauschalen

1. Die Mitglieder des Präsidiums des Gerichtshofs, der Vergleichskommissionen und der Schiedsgerichte erhalten ein Tagegeld für jeden Tag, an dem sie ihre Aufgaben wahrnehmen.

7. The year the Convention enters into force, the States parties to the Convention shall pay their contribution to the budget within two months following the date of deposit of the twelfth instrument of ratification of the Convention. This budget is preliminarily fixed at 250,000 Swiss francs.

Article 4

Obligations, Payments and Revised Budget

1. The approved budget shall constitute authorization to the Registrar, acting under the responsibility of the Bureau of the Court, to incur obligations and make payments up to the amounts and for the purposes approved.

2. The Registrar, acting under the responsibility of the Bureau of the Court, is authorized to make transfers between items and sub-items of up to 15 per cent of items/sub-items. All such transfers must be reported by the Registrar in connection with the financial statement mentioned in Article 9 of this Protocol.

3. Obligations remaining undischarged at the end of the financial year shall be carried over to the next financial year.

4. If so obliged by circumstances and following careful examination of available resources with a view to identifying savings, the Registrar is authorized to submit a revised budget, which may entail requests for supplementary appropriations, for the approval of the representatives of the States parties to the Convention.

5. Any surplus for a given financial year shall be deducted from the assessed contributions for the financial year following the one in which the accounts have been approved by the representatives of the States parties to the Convention. Any deficit shall be charged to the ensuing financial year unless the representatives of the States parties to the Convention decide on supplementary contributions.

Article 5

Working Capital Fund

A working capital fund may be established in case the States parties to the Convention deem it necessary. It will be funded by the States parties to the Convention.

Article 6

Allowances and Nominal Retainers

1. Members of the Bureau of the Court, of the Conciliation Commissions and of the Arbitral Tribunals shall receive, for each day on which they exercise their functions, a daily allowance.

7. L'année de l'entrée en vigueur de la Convention, les Etats parties à la Convention versent leur contribution au budget dans les deux mois qui suivent la date du dépôt du douzième instrument de ratification de la Convention. A titre préliminaire, ce budget est fixé à 250 000 francs suisses.

Article 4

Dépenses, paiements et budget révisé

1. Le budget adopté autorise le Greffier, sous la responsabilité du Bureau de la Cour, à engager les dépenses et à effectuer les paiements, à concurrence des montants adoptés et aux fins approuvées.

2. Le Greffier est habilité, sous la responsabilité du Bureau de la Cour, à procéder à des transferts entre chapitres et articles du budget, à concurrence de 15 % du montant de ceux-ci. Tous ces transferts doivent être signalés par le Greffier dans l'état financier mentionné à l'article 9 du présent Protocole.

3. Les obligations non exécutées à la fin d'un exercice sont reportées sur l'exercice suivant.

4. Si les circonstances l'y obligent, et après un examen attentif des ressources disponibles en vue de dégager des économies, le Greffier est autorisé à soumettre à l'adoption des représentants des Etats parties à la Convention un budget révisé, lequel peut comporter des demandes de dotations supplémentaires.

5. Tout excédent au titre d'un exercice donné est déduit des contributions fixées pour l'exercice suivant celui au cours duquel les comptes ont été approuvés par les représentants des Etats parties à la Convention. Tout déficit est imputé sur l'exercice suivant, sauf si les représentants des Etats parties à la Convention décident d'exiger des contributions supplémentaires.

Article 5

Fonds de roulement

Un fonds de roulement peut être créé si les Etats parties à la Convention l'estiment nécessaire. Il est alimenté par les Etats parties à la Convention.

Article 6

Indemnités et allocations forfaitaires

1. Les membres du Bureau de la Cour, des commissions de conciliation et des tribunaux arbitraux reçoivent une indemnité journalière pour chaque jour où ils exercent leurs fonctions.

2. Die Mitglieder des Präsidiums des Gerichtshofs erhalten zusätzlich eine jährliche Nominalpauschale.

3. Das Tagegeld und die jährliche Nominalpauschale werden von den Vertretern der Vertragsstaaten des Übereinkommens festgelegt.

Artikel 7

Gehälter, Sozialversicherung und Ruhegehalt

1. Der Kanzler und alle nach Artikel 9 des Übereinkommens ernannten Bediensteten der Kanzlei erhalten ein von den Vertretern der Vertragsstaaten des Übereinkommens festgelegtes Gehalt.

2. Die Bediensteten der Kanzlei werden auf die zur Gewährleistung der Arbeit des Gerichts erforderliche absolute Mindestzahl beschränkt.

3. Die Vertreter der Vertragsstaaten des Übereinkommens sorgen dafür, daß der Kanzler und die Bediensteten der Kanzlei in den Genuß einer Sozialversicherung und eines Ruhegehalts kommen.

Artikel 8

Reisekosten

1. Den Mitgliedern des Präsidiums des Gerichtshofs, der Vergleichskommissionen und der Schiedsgerichte sowie dem Kanzler und den Bediensteten der Kanzlei werden Reisekosten gezahlt, die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben unbedingt erforderlich sind.

2. Die Reisekosten umfassen die tatsächlichen Fahrtkosten, einschließlich der üblichen Reisenebenkosten, und ein Reisetagegeld zur Begleichung aller Aufwendungen für Verpflegung, Unterkunft, Gebühren und Zuwendungen sowie anderer persönlicher Ausgaben. Das Reisetagegeld wird von den Vertretern der Vertragsstaaten des Übereinkommens festgelegt.

Artikel 9

Unterlagen und Geschäftsbücher

1. Der unter der Verantwortung des Präsidiums des Gerichtshofs handelnde Kanzler trägt dafür Sorge, daß über die Transaktionen entsprechende Unterlagen und Geschäftsbücher geführt und alle Zahlungen ordnungsgemäß genehmigt werden.

2. Der unter der Verantwortung des Präsidiums des Gerichtshofs handelnde Kanzler legt den Vertragsstaaten des Übereinkommens spätestens am 1. März einen Jahresabschluß vor, in dem für das vorangegangene Finanzjahr folgendes ausgewiesen ist:

a) die Einnahmen und Ausgaben auf allen Konten;

b) der Stand hinsichtlich der Haushaltsbereitstellungen;

c) die finanziellen Aktiva und Passiva am Ende des Finanzjahrs.

2. Members of the Bureau of the Court shall additionally receive a nominal annual retainer.

3. The daily allowance and the nominal annual retainer shall be determined by the representatives of the States parties to the Convention.

Article 7

Salaries, Social Security and Pensions

1. The Registrar and any other registry staff apointed in accordance with Article 9 of the Convention shall receive a salary to be determined by the representatives of the States parties to the Convention.

2. The registry staff shall be limited to the strict minimum needed to ensure the operation of the Court.

3. The representatives of the States parties to the Convention shall ensure that the Registrar and the registry staff are afforded an adequate social security scheme and retirement pension.

Article 8

Travel Expenses

1. Travel expenses which are absolutely necessary for exercising their functions shall be paid to the members of the Bureau of the Court, of the Conciliation Commissions and of the Arbitral Tribunals and to the Registrar and the registry staff.

2. Travel expenses shall comprise actual transportation costs, including expenses normally incidental to transportation, and a daily subsistence allowance to cover all charges of meals, lodging, fees and gratuities and other personal expenses. The daily subsistence allowance shall be determined by the representatives of the States parties to the Convention.

Article 9

Records and Accounts

1. The Registrar, acting under the authority of the Bureau of the Court, shall ensure that appropriate records and accounts are kept of the transactions and that all payments are properly authorized.

2. The Registrar, acting under the authority of the Bureau of the Court, shall submit to the States parties to the Convention, not later than 1 March, an annual financial statement showing, for the preceding financial year:

(a) the income and expenditures relating to all accounts;

(b) the situation with regard to budget provisions;

(c) the financial assets and liabilities at the end of the financial year.

2. Les membres du Bureau de la Cour reçoivent en outre une allocation annuelle forfaitaire.

3. L'indemnité journalière et l'allocation annuelle forfaitaire sont arrêtées par les représentants des Etats parties à la Convention.

Article 7

Traitements, sécurité sociale et pensions

1. Le Greffier et tout autre membre du personnel du Greffe désigné conformément à l'article 9 de la Convention perçoivent un traitement arrêté par les représentants des Etats parties à la Convention.

2. Le personnel du Greffe demeure limité au strict minimum nécessaire pour assurer le fonctionnement de la Cour.

3. Les représentants des Etats parties à la Convention veillent à ce que le Greffier et le personnel du Greffe bénéficient d'un régime de sécurité sociale et d'une pension de retraite appropriés.

Article 8

Frais de mission

1. Les frais occasionnés par des missions strictement indispensables à l'exercice de leurs fonctions sont remboursés aux membres du Bureau de la Cour, des commissions de conciliation et des tribunaux arbitraux ainsi qu'au Greffier et au personnel du Greffe.

2. Les frais occasionnés par des missions comprennent les frais effectifs de transport, y compris les faux frais normalement liés au transport, ainsi qu'une indemnité journalière de mission pour couvrir toutes les dépenses relatives aux repas, au logement, aux gratifications et pourboires, ainsi que les autres frais personnels. L'indemnité journalière de mission est arrêtée par les représentants des Etats parties à la Convention.

Article 9

Comptabilité

1. Sous l'autorité du Bureau de la Cour, le Greffier s'assure qu'une comptabilité appropriée de toutes les transactions est tenue et que tous les paiements sont dûment autorisés.

2. Sous l'autorité du Bureau de la Cour, le Greffier soumet aux Etats parties à la Convention, au plus tard le 1er mars, un état financier annuel faisant apparaître, pour l'exercice précédent:

a) les recettes et les dépenses afférentes à tous les comptes;

b) la situation en matière de crédits budgétaires;

c) l'actif et le passif financiers en fin d'exercice.

Artikel 10

Rechnungsprüfung

1. Die Geschäftsbücher des Gerichts werden von zwei Rechnungsprüfern unterschiedlicher Staatsangehörigkeit geprüft, die von den Vertragsstaaten des Übereinkommens für verlängerbare Zeiträume von drei Jahren ernannt werden.

Personen, die auf der Liste der Schlichter oder Schiedsrichter geführt werden oder wurden beziehungsweise nach Artikel 7 dieses Protokolls vom Gerichtshof Zahlungen erhalten haben, dürfen nicht Rechnungsprüfer sein.

2. Die Rechnungsprüfer führen alljährlich eine Rechnungsprüfung durch. Sie prüfen insbesondere die Richtigkeit der Bücher, die Aufstellung der Aktiva und Passiva und die Kontenaufstellungen. Die Bücher stehen spätestens am 1. März für die jährliche Rechnungsprüfung und Einsichtnahme zur Verfügung.

3. Die Rechnungsprüfer führen die von ihnen als notwendig erachteten Buchprüfungen durch, um zu bestätigen,

a) daß der ihnen vorgelegte Jahresabschluß richtig ist und mit den Büchern und Unterlagen des Gerichtshofs übereinstimmt,

b) daß die in dem Abschluß ausgewiesenen Finanztransaktionen in Übereinstimmung mit den einschlägigen Regeln, Haushaltsbereitstellungen und sonstigen gegebenenfalls anwendbaren Richtlinien durchgeführt wurden und

c) daß die hinterlegten und die verfügbaren Mittel anhand von Bestätigungen, die unmittelbar von den Hinterlegungsstellen eingegangen sind, oder durch Zählen nachgeprüft wurden.

4. Der Kanzler stellt den Rechnungsprüfern die Hilfe und die Erleichterungen zur Verfügung, die für die ordnungsgemäße Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig sind. Die Rechnungsprüfer erhalten insbesondere ungehinderten Zugang zu den Büchern, Unterlagen und Dokumenten, die nach ihrer Auffassung für die Buchprüfung notwendig sind.

5. Die Rechnungsprüfer erstellen alljährlich einen Bericht, der die Richtigkeit der Buchführung bestätigt und die Stellungnahmen zu der Buchführung enthält. Sie können in diesem Zusammenhang auch von ihnen als notwendig erachtete Anmerkungen zur Wirksamkeit der Finanzverfahren, des Buchführungssystems und der internen Finanzkontrolle machen.

6. Der Bericht wird den Vertretern der Vertragsstaaten des Übereinkommens spätestens vier Monate nach Ablauf des Finanzjahrs vorgelegt, auf das sich die Buchführung bezieht. Der Bericht geht dem Kanzler im voraus zu, damit dieser mindestens fünfzehn Tage Zeit hat, um ihm not-

Article 10

Audit

1. The accounts of the Court shall be audited by two auditors, of different nationalities, appointed for renewable periods of three years by the representatives of the States parties to the Convention.

Persons appearing or having appeared on the lists of conciliators or arbitrators or having received payment by the Court pursuant to Article 7 of this Protocol may not be auditors.

2. Auditors shall annually conduct audits. They shall, in particular, check the accuracy of the books, the statement of assets and liabilities, and the accounts. The accounts shall be available for the annual auditing and inspection not later than 1 March.

3. Auditors shall perform such audits as they deem necessary to certify:

(a) that the annual financial statement submitted to them is correct and in accordance with the books and records of the Court,

(b) that the financial transactions recorded in this statement have been effected in accordance with the relevant rules, the budgetary provisions and other directives which may be applicable, and

(c) that the funds on deposit and on hand have been verified by certificates received directly from the depositories or by actual count.

4. The Registrar shall give auditors such assistance and facilities as may be needed for the proper discharge of their duties. Auditors shall, in particular, have free access to the books of account, records and documents which, in their opinion, are necessary for the audit.

5. Auditors shall annually draw up a report certifying the accounts and setting forth the comments warranted by the audit. They may, in this context, also make such observations as they deem necessary regarding the efficiency of financial procedures, the accounting system and the internal financial control.

6. The report shall be submitted to the representatives of the States parties to the Convention not later than four months after the end of the financial year to which the accounts refer. The report shall be transmitted to the Registrar beforehand, so that he will have at least 15 days in which to

Article 10

Vérification des comptes

1. Les comptes de la Cour sont vérifiés par deux commissaires aux comptes, de nationalité différente, désignés pour des périodes de trois ans renouvelables par les représentants des Etats parties à la Convention.

Les personnes qui figurent ou ont figuré sur les listes de conciliateurs ou d'arbitres ou qui ont perçu de la Cour une rémunération au titre de l'article 7 du présent Protocole ne peuvent être commissaires aux comptes.

2. Les commissaires aux comptes procèdent annuellement à la vérification des comptes. Ils vérifient notamment la bonne tenue des livres, l'état de l'actif et du passif, ainsi que les comptes. Les comptes sont disponibles, au plus tard le 1er mars, aux fins de vérification annuelle et d'inspection.

3. Les commissaires aux comptes procèdent à toute vérification qu'ils estiment nécessaire afin de certifier:

a) que l'état financier annuel qui leur est soumis est véridique et conforme aux livres et registres de la Cour;

b) que les transactions financières figurant à cet état ont été effectuées conformément aux règles pertinentes, aux dispositions budgétaires et aux autres directives applicables; et

c) que les fonds en dépôt et en liquide ont été contrôlés d'après les certificats émanant directement des dépositaires ou par décompte effectif.

4. Le Greffier accorde aux commissaires aux comptes l'assistance et les moyens nécessaires à l'exercice de leurs fonctions. Les commissaires ont notamment accès aux livres de comptes, registres et documents qui, à leur avis, sont nécessaires à la vérification.

5. Les commissaires aux comptes établissent un rapport annuel certifiant les comptes et exposant les commentaires auxquels la vérification donne lieu. Ils peuvent également, à cette occasion, émettre les observations qu'ils jugent nécessaires sur l'efficacité des procédures financières, le système comptable et le contrôle financier interne.

6. Le rapport est soumis aux représentants des Etats parties à la Convention dans un délai maximal de quatre mois après la fin de l'exercice budgétaire auquel les comptes se rapportent. Il est transmis préalablement au Greffier afin que celui-ci dispose d'au moins quinze jours pour fournir les explica-

wendig erscheinende Erklärungen und Rechtfertigungen abzugeben.

7. Zusätzlich zu der jährlichen Rechnungsprüfung haben die Rechnungsprüfer jederzeit ungehinderten Zugang zum Zweck der Prüfung der Bücher, der Aufstellung der Aktiva und Passiva und der Kontenaufstellungen.

8. Auf der Grundlage des Rechnungsprüfungsberichts erteilen die Vertreter der Vertragsstaaten des Übereinkommens ihre Zustimmung zum Jahresabschluß oder treffen die ihnen angemessen erscheinenden Maßnahmen.

furnish such explanations and justifications as he may consider necessary.

7. In addition to the annual auditing, auditors will at any time have free access to check the books, the statement of assets and liabilities, and accounts.

8. On the basis of the audit report, the representatives of the States parties to the Convention shall signify their acceptance of the annual financial statement or take such other action as may be considered appropriate.

tions et justifications qu'il peut estimer nécessaires.

7. Outre la vérification annuelle des comptes, les commissaires ont accès à tout moment, pour les vérifier, aux livres, à l'état de l'actif et du passif et aux comptes.

8. Sur la base du rapport de vérification, les représentants des Etats parties à la Convention approuvent l'état financier annuel ou adoptent toute autre mesure appropriée.

Artikel 11

Konto für Sonderzahlungen

1. Die Vertragsstaaten des Übereinkommens können ein Konto für Sonderzahlungen einrichten, das dazu dient, die Verfahrenskosten für die Staaten zu senken, die Parteien in der dem Gerichtshof unterbreiteten Streitigkeit sind und Schwierigkeiten haben, diese Kosten zu tragen. Das Konto wird durch freiwillige Beiträge der Vertragsstaaten des Übereinkommens finanziert.

2. Ein Staat, der Partei einer dem Gerichtshof unterbreiteten Streitigkeit ist und Mittel aus dem Konto für Sonderzahlungen zu erhalten wünscht, richtet an den Kanzler ein Ersuchen mit einer ausführlichen Aufstellung der geschätzten Verfahrenskosten.

Das Präsidium des Gerichtshofs prüft das Ersuchen und leitet seine Empfehlung an die Vertreter der Vertragsstaaten des Übereinkommens weiter, die darüber entscheiden, ob und in welchem Umfang dem Ersuchen stattzugeben ist.

Nachdem in der Sache verhandelt wurde, richtet der Staat, der Mittel aus dem Konto für Sonderzahlungen erhalten hat, an den Kanzler zur Prüfung durch das Präsidium einen ausführlichen Bericht über die tatsächlich entstandenen Verfahrenskosten; gegebenenfalls erstattet er die über die tatsächlichen Kosten hinausgehenden Beträge.

Article 11

Special Disbursement Account

1. A special disbursement account may be established by the States parties to the Convention aimed at lowering the procedural costs for the States parties to disputes submitted to the Court which have difficulties paying these costs. It will be funded by voluntary contributions from States parties to the Convention.

2. A State party to a dispute submitted to the Court that wishes to receive funds from the special disbursement account shall file a request to the Registrar, with a detailed statement estimating procedural costs.

The Bureau of the Court shall examine the request and forward its recommendation to the representatives of the States parties to the Convention which shall decide whether to grant this request and to what extent.

After the case has been heard, the State having received funds from the special disbursement account shall address to the Registrar, for study by the Bureau, a detailed statement of procedural costs actually expended and shall proceed, if need be, with reimbursing the sums in excess of the actual costs.

Article 11

Compte de versement spécial

1. Un compte de versement spécial peut être créé par les Etats parties à la Convention, dans le but d'alléger les frais de procédure des Etats parties aux différends soumis à la Cour qui éprouvent des difficultés à s'en acquitter. Il est alimenté par les contributions volontaires des Etats parties à la Convention.

2. Un Etat partie à un différend soumis à la Cour qui souhaite bénéficier d'une allocation du compte de versement spécial soumet une demande en ce sens au Greffier, en l'accompagnant d'un état prévisionnel détaillé de ses frais de procédure.

Le Bureau de la Cour examine cette demande et adresse une recommandation aux représentants des Etats parties à la Convention, lesquels décident s'il convient d'accéder à la demande et dans quelle mesure.

A l'issue de l'examen de l'affaire, l'Etat qui a bénéficié d'une allocation du compte de versement spécial adresse au Greffier, pour examen par le Bureau, un état détaillé des frais de procédure qu'il a effectivement engagés et procède, le cas échéant, au remboursement des sommes excédant les frais effectifs.

Artikel 12

Beschlußfassung

Alle Beschlüsse der Vertragsstaaten des Übereinkommens oder ihrer Vertreter im Rahmen dieses Protokolls werden durch Konsens gefaßt.

Article 12

Decision Making

All decisions by the States parties to the Convention or their representatives under this Protocol shall be taken by consensus.

Article 12

Mode de décision

Toutes les décisions des Etats parties à la Convention ou de leurs représentants dans le cadre du présent Protocole sont prises par consensus.

Artikel 13

Änderungen

Änderungen dieses Protokolls werden nach Maßgabe des Artikels 35 des Übereinkommens beschlossen. Das Präsidium des Gerichtshofs kann dem KSZE-Sekretariat seine Auffassung über vorgeschlagene Än-

Article 13

Amendments

Amendments to this Protocol shall be adopted in accordance with the provisions of Article 35 of the Convention. The Bureau of the Court may address its opinion on the proposed amendments to the CSCE

Article 13

Amendements

Les amendements au présent Protocole sont adoptés conformément aux dispositions de l'article 35 de la Convention. Le Bureau de la Cour peut donner son avis sur les amendements proposés au Secrétariat

derungen zur Weiterleitung an die KSZE-Teilnehmerstaaten übermitteln.

Dieses Protokoll, das in deutscher, englischer, französischer, italienischer, russischer und spanischer Sprache abgefaßt ist, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, und das nach Artikel 13 des Übereinkommens über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE am 28. April 1993 in Prag vom Ausschuß Hoher Beamter angenommen wurde, wird bei der Regierung von Schweden hinterlegt.

Secretariat for transmission to the CSCE participating States.

This Protocol, established in the English, French, German, Italian, Russian and Spanish languages, all six language versions being equally authentic, having been adopted by the Committee of Senior Officials at Prague, on 28 April 1993 in accordance with Article 13 of the Convention on Conciliation and Arbitration within the CSCE is deposited with the Government of Sweden.

de la CSCE, aux fins de transmission aux Etats participant à la CSCE.

Le présent Protocole, établi en langues allemande, anglaise, espagnole, française, italienne et russe, les textes dans les six langues faisant également foi, et adopté par le Comité des hauts fonctionnaires à Prague, le 28 avril 1993 conformément à l'article 13 de la Convention relative à la conciliation et à l'arbitrage au sein de la CSCE, est déposé auprès du Gouvernement de la Suède.

Denkschrift zu dem Übereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE

Allgemeiner Teil

1. Das Übereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE ist auf Initiative Deutschlands und Frankreichs im Jahre 1992 ausgearbeitet worden, und zwar zunächst vom 11. bis zum 22. Mai 1992 von einer Arbeitsgruppe im Rahmen des 4. KSZE-Folgetreffens in Helsinki und sodann auf dem KSZE-Treffen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten vom 12. bis zum 23. Oktober 1992 in Genf. Das Übereinkommen wurde am 15. Dezember 1992 in Stockholm im Rahmen des Stockholmer Treffens des KSZE-Rates zur Zeichnung aufgelegt und an diesem Tage von 29 Teilnehmerstaaten der KSZE, darunter auch der Bundesrepublik Deutschland, gezeichnet. Nach dem Stande vom 28. Dezember 1993 gehören 33 Teilnehmerstaaten der KSZE zu den Unterzeichnern des Übereinkommens (Anlage 1).

   Das Übereinkommen tritt nach seinem Art. 33 Abs. 3 zwei Monate nach Hinterlegung der zwölften Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

   Ein Finanzprotokoll ist Teil des Übereinkommens.

2. Die völkerrechtliche Verpflichtung zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten, die den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen nach Art. 2 Abs. 3 und Art. 33 der Charta obliegt, war von jeher auch ein zentrales politisches Anliegen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Genannt seien die Ergebnisse der KSZE-Treffen von Montreux (1978), Athen (1984) und La Valletta (1991). Indessen waren zur Zeit des Ost-West-Gegensatzes die Vorbehalte gegen das Prinzip der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten stark ausgeprägt.

   Nach dem grundlegenden Wandel in Europa mit seinen Chancen für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung, mit seinen Möglichkeiten für stark wachsende Zusammenarbeit und Integration, aber auch mit all den Risiken, die sich aus Rückfällen in die Antagonismen der Vergangenheit ergeben können, erschien es den Initiatoren des Übereinkommens, unter ihnen an erster Stelle der Präsident des französischen Verfassungsrats, Robert Badinter, notwendig, den europäischen Staaten, die dies wünschen, ein neues Instrument zur Schlichtung und Beilegung von Streitigkeiten an die Hand zu geben. Der Wunsch nach einem solchen Instrument war besonders in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas fühlbar, denen aufgrund ihrer Geschichte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die praktische Erfahrung mit internationaler Schiedsgerichtsbarkeit fast vollständig fehlte.

3. Durch das Übereinkommen wird ein Gerichtshof mit zwei Verfahrensarten geschaffen:

   Wichtigstes Element des Vergleichsverfahrens ist die Möglichkeit, für jede Streitigkeit ein Verfahren einseitig einzuleiten, ohne daß eine Unterwerfungserklärung erforderlich ist und ohne daß Vorbehalte in sachlicher oder zeitlicher Hinsicht zulässig sind. Entscheidungsgrundlagen für den anzustrebenden Vergleich sind das Völkerrecht und die KSZE-Verpflichtungen. Das Ergebnis des vertraulichen Vergleichsverfahrens ist für die Parteien nicht bindend.

   Das Schiedsverfahren kann demgegenüber nur durch Vereinbarung beider Streitparteien oder einseitig dann eingeleitet werden, wenn beide Parteien zuvor eine Unterwerfungserklärung abgegeben haben. Die dabei zulässigen Vorbehalte sind in sachlicher Hinsicht abschließend aufgezählt. Die Entscheidung des Schiedsgerichts erfolgt gemäß dem Völkerrecht und hat bindende Wirkung für die Streitparteien. Die Unterwerfung unter die Schiedsgerichtsbarkeit ist unabhängig von der Ratifizierung des Übereinkommens und kann zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

   Der Gerichtshof wird sich aus von den Staaten für eine Amtszeit von sechs Jahren benannten Schlichtern und Schiedsrichtern zusammensetzen. Jede Vertragspartei benennt zwei Schlichter und einen Schiedsrichter. Aus den so benannten Angehörigen des Gerichts werden dann für jedes einzelne Verfahren die erforderlichen Schlichter bzw. Schiedsrichter ausgewählt.

Besonderer Teil

Die Präambel beschreibt den Rahmen des Übereinkommens: Die völkerrechtlichen Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen, die politischen Verpflichtungen aus dem KSZE-Prozeß und den Wunsch, diese Verpflichtungen zu erweitern und zu verstärken, ohne jedoch die Zuständigkeit anderer bestehender Einrichtungen wie des Internationalen Gerichtshofs, des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaft oder des Ständigen Schiedshofs zu beeinträchtigen.

Das Übereinkommen gliedert sich in fünf Kapitel:

- Kapitel I Allgemeine Bestimmungen
- Kapitel II Zuständigkeit
- Kapitel III Vergleichsverfahren
- Kapitel IV Schiedsverfahren
- Kapitel V Schlußbestimmungen

In **Kapitel I** wird bestimmt, daß der Vergleichs- und Schiedsgerichtshof (Artikel 1) aus der Gesamtheit der Schlichter und Schiedsrichter besteht, daß jedoch das einzelne Vergleichsverfahren von einer Vergleichskommission und das einzelne Schiedsverfahren von einem Schiedsgericht durchgeführt werden, die jeweils für die anhängige Streitigkeit gebildet werden (Artikel 2). Die Schlichter werden nach Maßgabe des Artikels 3, die Schiedsrichter nach Maßgabe des Artikels 4 benannt. Sie üben, wie der Kanzler des Gerichts, ihr Amt in völliger Unabhängigkeit aus (Artikel 5).

Nach Artikel 6 genießen die Beteiligten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten die Vorrechte und Immunitäten, die den mit dem Internationalen Gerichtshof im Zusammenhang stehenden Personen gewährt werden. Unter den Teilnehmerstaaten

der KSZE bestand Einvernehmen, daß im einzelnen das Übereinkommen vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen (BGBl. 1981 II 34) entsprechend heranzuziehen ist.

Artikel 7 enthält die Regeln, nach denen das fünfköpfige Präsidium des Gerichtshofs gebildet wird.

Artikel 8 betrifft die Mehrheitserfordernisse bei der Entscheidungsfindung.

In Artikel 9 ist bestimmt, daß der Kanzler und sonstige Bedienstete vom Gerichtshof benannt werden und nach einer Personalordnung arbeiten, die von den Vertragsstaaten gebilligt werden muß.

Genf ist in Artikel 10 als Sitz des Gerichtshofs bestimmt, nachdem die Schweiz das Angebot unterbreitet hatte, den Gerichtshof aufzunehmen und für seine Unterbringung zu sorgen. Es ist jedoch auch zulässig, daß eine Vergleichskommission oder ein Schiedsgericht an einem anderen Ort zusammentreten, wenn die Streitparteien dies beantragen.

Die Verfahrensordnung des Gerichtshofs (Artikel 11) muß von den Vertragsstaaten des Übereinkommens gebilligt werden.

Artikel 12 besagt, daß die Verfahrensordnung Regeln für die Verwendung der Sprachen enthalten wird. In den Verhandlungen hat die deutsche Delegation besonderen Wert darauf gelegt, daß das Übereinkommen keine starren Regeln über die Verwendung gewisser Sprachen enthält, sondern daß im Sinne der europäischen Vielfalt die Parteien eines bestimmten Streitfalls die Möglichkeit haben müssen, die Auswahl der Sprachen für dieses Verfahren mitzubestimmen.

Das in Artikel 13 vorgesehene Finanzprotokoll ist vom Ausschuß hoher Beamter am 28. April 1993 angenommen worden. Seine Grundzüge sind unten näher dargestellt.

Die Artikel 14 und 15 betreffen die Unterrichtung der KSZE über die Aktivitäten des Gerichts und einzelne Ersuche um Vergleichs- und Schiedsverfahren.

Artikel 16 enthält die Verpflichtung der Parteien, sich solcher Handlungen zu enthalten, die die Lage verschärfen könnten und beschreibt zugleich die Befugnis der Vergleichskommission bzw. des Schiedsgerichts, einstweilige Maßnahmen zu bezeichnen, die mäßigend wirken können.

Artikel 17 enthält den im Rahmen der Internationalen Schiedsgerichtsbarkeit üblichen Grundsatz, daß jede Partei unabhängig vom Ausgang des Verfahrens ihre eigenen Kosten trägt.

Kapitel II betrifft die Zuständigkeit.

Nach Artikel 18 kann jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens einer Vergleichskommission jede Streitigkeit mit einem anderen Vertragsstaat unterbreiten, die nicht in angemessener Frist durch Verhandlungen beigelegt worden ist. Weiterer Voraussetzungen bedarf es nicht. Insbesondere ist es nicht erforderlich, daß der andere Vertragsstaat der Einleitung eines Vergleichsverfahrens ausdrücklich zustimmt. Demgegenüber sind die Voraussetzungen für die Befassung eines Schiedsgerichts in Artikel 26 näher angeführt (s. unten).

Da die Teilnehmerstaaten der KSZE, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens werden, sich vielfach bereits in anderer Weise gebunden haben, bestimmte Streitigkeiten einem bestimmten internationalen Verfahren zu unterwerfen, enthält Artikel 19 eingehende Bestimmungen darüber, daß die Kompetenz der bestehenden Instanzen der Streitbeilegung gewahrt werden muß. So darf kein Fall anhängig gemacht werden, der bereits anderweitig anhängig ist oder über den eine andere Instanz bereits entschieden hat. Es darf kein Fall anhängig gemacht werden, wenn die Parteien die ausschließliche Zuständigkeit eines anderen Rechtssprechungsorgans für diesen Fall anerkannt haben. Die Vergleichskommission beendet ihre Bemühungen, wenn die Parteien während des Verfahrens übereinkommen, ein Gericht zu befassen. Absatz 4 eröffnet die Möglichkeit, einen Vorbehalt anzubringen, um die Vereinbarkeit des in dem Übereinkommen festgelegten Streitbeilegungsmechanismus mit anderen Mitteln der Streitbeilegung sicherzustellen, die sich aus internationalen Verpflichtungen ergeben, die auf diesen Staat anwendbar sind. In diesem Zusammenhang ist auf Absatz 2 der Präambel zu verweisen. Die Bundesregierung wird bei der Ratifikation des Übereinkommens klarstellen, welche bestehenden Streitbeilegungsverfahren Vorrang vor dem neuen Vergleichs- und Schiedsverfahren im Rahmen der KSZE haben.

Das Vergleichsverfahren ist in **Kapitel III** näher geregelt.

Artikel 20 bestimmt, daß das Vergleichsverfahren entweder durch einen einseitigen Antrag (Abs. 1) oder aufgrund einer Vereinbarung (Abs. 2) eingeleitet werden kann.

Artikel 21 enthält eingehende Bestimmungen über die Benennung der Schlichter durch die Parteien und der unparteiischen Schlichter durch das Präsidium des Gerichtshofs.

Artikel 22 beschreibt die Verfahrensschritte zur Einleitung eines Vergleichsverfahrens. Dieses verläuft vertraulich. Nur mit Einverständnis der Streitparteien kann die Vergleichskommission einen anderen Vertragsstaat einladen, dem Verfahren beizutreten (Artikel 23).

Artikel 24 beschreibt den Auftrag der Vergleichskommission dahingehend, den Parteien zu helfen, eine Beilegung ihrer Streitigkeit gemäß dem Völkerrecht und ihren KSZE-Verpflichtungen zu finden. Diese Bestimmung war Gegenstand lebhafter Erörterungen bei der Ausarbeitung des Übereinkommens. Während einzelne Teilnehmerstaaten die Ansicht vertraten, daß eine Vergleichskommission in ihren Vorschlägen für die Beilegung einer Streitigkeit völlig frei sein müsse, sah die Mehrheit der KSZE-Teilnehmerstaaten die Bezugnahme auf das Völkerrecht und die KSZE-Verpflichtungen als einen zentralen Bestandteil des Auftrags einer Vergleichskommission im Rahmen der KSZE an.

Artikel 25 beschreibt die möglichen Ergebnisse des Vergleichs: Einigen sich die Parteien während des Verfahrens, wird der KSZE-Rat entsprechend unterrichtet. Ist dies nicht der Fall, arbeitet die Kommission einen Vergleichsvorschlag aus und fragt die Parteien, ob sie diesen annehmen wollen. Die Parteien sind, wie oben bereits dargestellt, frei, den Vorschlag anzunehmen oder nicht. Nehmen sie den Vorschlag nicht an, so wird der Bericht der Vergleichskommission dem KSZE-Rat zugeleitet. Es liegt dann beim KSZE-Rat bzw. beim Ausschuß hoher Beamter, wie weiter verfahren wird. Das vorliegende Übereinkommen enthält keine Bestimmungen, die so hätten aufgefaßt werden können, als wollten die Vertragsparteien des Übereinkommens der Gesamtheit der Teilnehmerstaaten der KSZE und deren Organen Vorschriften dar-

über machen, wie die KSZE und ihre Organe bei Ablehnung eines Vergleichsvorschlags zu verfahren haben.

Der Ablehnung eines Vergleichsvorschlags wird gleich geachtet, wenn eine Vertragspartei nicht zum Vergleichsverfahren erscheint oder ein Verfahren nach dessen Beginn verläßt; auch davon wird der KSZE-Rat unterrichtet (Abs. 6).

In diesen Bestimmungen kommt zum Ausdruck, daß das Vergleichsverfahren des Übereinkommens obligatorisch ist, die Vertragsparteien also die Verpflichtung haben, sich an dem Verfahren zu beteiligen, während es ihnen im Ergebnis dann freisteht, den Vergleichsvorschlag anzunehmen oder abzulehnen.

Kapitel IV behandelt das Schiedsverfahren.

Ein Schiedsverfahren kommt nach Artikel 26 zustande aufgrund einer Vereinbarung (Abs. 1) oder aber aufgrund einer besonderen Unterwerfungserklärung (Abs. 2). Absatz 3 betrifft die Frist zwischen einem erfolglosen Vergleichsverfahren und der Einleitung eines Schiedsverfahrens. Absatz 4 enthält die Befugnis zur Bezeichnung einstweiliger Maßnahmen.

Artikel 27 beschreibt das Erfordernis zur Bezeichnung des Streitgegenstands in der Vereinbarung oder dem Antrag auf Einleitung des Schiedsverfahrens.

Artikel 28 regelt die Bildung des Schiedsgerichts im einzelnen sowie auch Fälle von Verhinderung oder Befangenheit eines Schiedsrichters. Weiterhin wird Vorsorge für den Fall getroffen, daß ein KSZE-Teilnehmerstaat, ohne Partei dieses Übereinkommens zu sein, mit einem anderen KSZE-Teilnehmerstaat vereinbart, ein Schiedsverfahren einzuleiten (Art. 26). Ein solcher Staat kann dann einen Schiedsrichter ad hoc benennen.

Artikel 29 enthält Verfahrensregeln und Vorschriften über den Beitritt dritter KSZE-Teilnehmerstaaten zu einem Verfahren.

Artikel 30 beschreibt die Aufgabe des Schiedsgerichts dahingehend, die ihm unterbreiteten Streitigkeiten gemäß dem Völkerrecht zu entscheiden. Das Gericht hat daneben auch die Befugnis, einen Fall ex aequo et bono zu entscheiden, sofern die Streitparteien dies vereinbaren. Nur bei einer solchen Entscheidung nach Billigkeit würde das Gericht im Unterschied zur Regelung nach Art. 24 auch die politischen KSZE-Verpflichtungen der Streitparteien in Betracht ziehen können.

Artikel 31 bestimmt, daß der Schiedsspruch für die Parteien und für den Fall, auf den er sich bezieht, bindend ist. Der Schiedsspruch ist zu begründen; er ist endgültig und unterliegt keinem Rechtsmittel. Allerdings können die Parteien das Gericht ersuchen, den Schiedsspruch hinsichtlich seiner Bedeutung oder Tragweite auszulegen. Auch eine Wiederaufnahme des Verfahrens ist unter bestimmten Voraussetzungen zulässig.

Unter den Schlußbestimmungen in **Kapitel V** ist hervorzuheben, daß nur KSZE-Teilnehmerstaaten Partei des Übereinkommens werden können. Vorbehalte sind nur zulässig, sofern sie ausdrücklich zugelassen sind. Insbesondere kann der obligatorische Charakter des Vergleichsverfahrens nicht durch Vorbehalte relativiert werden, während die Unterwerfungserklärung im Schiedsverfahren nach Artikel 26 Abs. 2 mit Einschränkungen versehen werden kann.

Artikel 35 ist insofern von Bedeutung, als Änderungen des Übereinkommens von jedem Vertragsstaat vorgeschlagen, aber nur vom KSZE-Rat und damit von allen KSZE-Teilnehmerstaaten gemeinsam nach dem innerhalb der KSZE geltenden Konsensprinzip beschlossen werden können.

Artikel 38 schließlich ist Ausdruck des besonderen Umstands, daß auf absehbare Zeit nicht ausnahmslos alle KSZE-Teilnehmerstaaten gleichzeitig auch Vertragsparteien des vorliegenden Übereinkommens sein werden.

Die Vorschrift gibt insoweit nur wieder, was nach Artikel 34 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge ohnehin gelten würde.

Das Finanzprotokoll

Das Finanzprotokoll regelt entsprechend den Vorgaben in Artikel 13 des Übereinkommens die Haushalts- und Finanzfragen des Gerichtshofs.

Artikel 1 legt fest, daß alle Kosten des Gerichtshofs von den Vertragsstaaten des Übereinkommens zu tragen sind. Dazu gehören auch die Kosten für Schlichter und Schiedsrichter, also die Kosten des Gerichts. Dies ergibt sich bereits aus Artikel 13 in Verbindung mit Artikel 17 des Übereinkommens, ist hier jedoch noch einmal ausdrücklich klargestellt. Die Streitparteien haben danach nur ihre eigenen Kosten zu tragen. Absatz 2 stellt klar, daß die Verpflichtungen der Schweiz als Sitzstaat hinsichtlich der Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten, der Ausstattung des Gerichtshofs, sowie der Nebenkosten in einem noch abzuwickelnden Schriftwechsel festgelegt werden.

Artikel 2 bestimmt, daß der Kostenschlüssel der KSZE – unter Berücksichtigung der Divergenzen zwischen der Anzahl der Teilnehmerstaaten und der Vertragsstaaten – auch für den Haushalt des Gerichtshofs anzuwenden ist. Des weiteren sind Detailregelungen festgelegt hinsichtlich der Beitragspflicht von Staaten, die erst während eines Haushaltsjahres Vertragspartei werden und von Staaten, die – ohne Vertragspartei zu sein – den Gerichtshof in Anspruch nehmen.

Artikel 3 stellt fest, daß das Haushaltsjahr identisch mit dem Kalenderjahr ist, regelt Einzelheiten der Haushaltserstellung durch Kanzler und Präsidium des Gerichtshofs und der Annahme des Haushaltes durch die Vertreter der Vertragsstaaten. Neben der Regelung von Zahlungsmodalitäten wird der erste Haushalt für das Jahr des Inkrafttretens des Übereinkommens auf vorläufig 250 000,– sfr festgesetzt.

Artikel 4 bestimmt Haushalts- und Finanzvollmachten des Kanzlers, regelt die Übertragung von Haushaltsposten, die Vorlage eines überarbeiteten Haushaltsentwurfes und die Verwendung von Überschüssen.

Artikel 5 läßt bei Bedarf die Schaffung eines Betriebsmittelfonds durch Konsens der Vertragsstaaten zu.

Artikel 6 legt das Prinzip fest, daß die Mitglieder des Präsidiums, der Vergleichskommissionen und der Schiedsgerichte für jeden Tag ihrer Tätigkeit ein Tagegeld erhalten, die Mitglieder des Präsidiums darüber hinaus eine jährliche Nominalpauschale. Die Beträge werden von den Vertragsstaaten des Übereinkommens durch Konsensbeschluß festgelegt.

Nach Artikel 7 sind die Vertragsstaaten verpflichtet, über die Gehälter des Kanzlers und des Kanzleipersonals

zu beschließen sowie Regelungen über Ruhegehälter und Sozialversicherung zu treffen. Das Finanzprotokoll enthält jedoch keine näheren Vorgaben über den Inhalt dieser noch zu fassenden Beschlüsse.

Artikel 8 definiert den Kreis der Reisekostenberechtigten sowie die erstattungsfähigen Reisekosten. Die Höhe eines zu zahlenden Reisetagegeldes wird von den Vertretern der Vertragsstaaten noch durch Beschluß festgelegt.

Artikel 9 bestimmt, daß Geschäftsbücher zu führen sind und bis zum 1. März des Folgejahres ein nach vorgegebenen Kriterien zu erstellender Jahresabschluß vorzulegen ist.

Artikel 10 regelt die jährlich durchzuführende Rechnungsprüfung. Die Vertragsstaaten ernennen zwei Rechnungsprüfer unterschiedlicher Nationalität für verlängerbare Zeiträume von 3 Jahren. Um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten, ist sichergestellt, daß weder Schlichter noch Schiedsrichter noch Personal, das vom Gerichtshof Zahlungen erhalten hat, Rechnungsprüfer werden können.

Um bedürftigen Staaten, die Mühe haben, die Verfahrenskosten aufzubringen, die Möglichkeit einer Inanspruchnahme des Gerichtshofes nicht zu verbauen, wird durch Artikel 11 die Möglichkeit geschaffen, ein Konto für Sonderzahlungen einzurichten, das durch freiwillige Beiträge der Vertragsstaaten finanziert werden soll. Die Vertragsstaaten entscheiden, ob und in welchem Umfang ein Staat hieraus Leistungen erhalten kann. Der betreffende Staat ist zur Rechnungslegung und gegebenenfalls zu Teilrückzahlungen verpflichtet.

Artikel 12 stellt klar, daß alle nach dem Finanzprotokoll zu treffenden Beschlüsse der Vertragsstaaten im Konsens gefaßt werden müssen.

Artikel 13 verweist für Änderungen des Finanzprotokolls auf die entsprechenden Bestimmungen des Artikel 35 des Übereinkommens.

Anlage 1

Nach dem Stand vom 28. Dezember 1993 gehören folgende Teilnehmerstaaten der KSZE zu den Unterzeichnern des Übereinkommens über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE:

Albanien
Deutschland
Armenien
Österreich
Belgien
Bosnien-Herzegowina
Bulgarien
Kanada
Zypern
Kroatien
Dänemark
Finnland
Frankreich
Griechenland
Ungarn
Italien
Lettland
Lichtenstein
Luxemburg
Malta
Moldau
Monaco
Norwegen
Polen
Portugal
Rumänien
Russische Föderation
San Marino
Slowakei
Schweden
Schweiz
Ukraine

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 427324 3.94
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333